

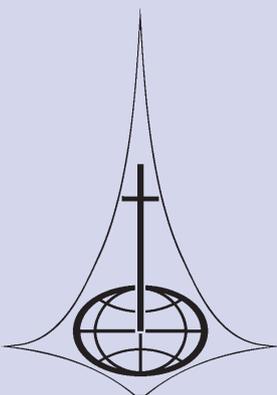
Themen dieser Ausgabe

Vertriebene kongolische Familien wollen heimkehren, doch Sicherheit ist nicht garantiert.....5
Der neunjährige Faustin lacht glücklich während er auf einem Sack voller Kleider auf der Ladefläche eines Lastwagens sitzt...

Minimale Fortschritte beim Klimagipfel in Doha erfordern mehr Einsatz der Kirchen8
Die zweiwöchigen Verhandlungen während des Klimagipfels in Doha (Katar) führten zu keinen wirksamen Ergebnissen für die armen und schwachen Gemeinschaften der Welt, die von den Auswirkungen des Klimawandels am stärksten betroffen sind. Das berichten Delegierte des Lutherischen Weltbundes...

LWB spielt wichtige Rolle bei Flüchtlingsarbeit der UNO13
Das langjährige Engagement des Lutherischen Weltbundes für Vertriebene auf der ganzen Welt war Teil der Gespräche im Rahmen eines Dialogs zu Flüchtlingshilfe mit Glaubensorganisationen, der vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen organisiert wurde...

LWB-Mitgliedskirchen aufgerufen, Verbindung zwischen Glauben und Geschlechtergerechtigkeit zu thematisieren 16
Der Aktionsplan des Lutherischen Weltbundes „Kirchen sagen ‚Nein‘ zur Gewalt gegen Frauen“ fordert die LWB-Mitgliedskirchen auf, Gewalt gegen Frauen als Sünde zu benennen und einzugestehen, dass solche Gewalt ausgeübt wird, selbst innerhalb von Kirchen...



Neujahrsbotschaft des LWB-Generalsekretärs



LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge während des im Dezember 2012 vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen organisierten Dialogs mit Glaubensorganisationen in Genf. © LWB/Peter Williams

Junge ermutigt Kirchen, sich umfassend gegen Ungerechtigkeit einzusetzen

Genf (LWI) – In seiner Neujahrsbotschaft erinnert der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Pfr. Martin Junge, die Kirchen daran, dass die Ungerechtigkeiten, die Gewalt und die Konflikte der heutigen Welt keine Gründe für Verzweiflung und Rückzug sein, sondern zu einem noch tiefer greifenden Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung anregen sollten.

Inspiration für seine Botschaft fand Junge im Hebräerbrief 13,14 – „Denn wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir“ –, der Jahreslosung der Brüder-Unität für 2013. In den frühen Tagen des Christentums seien diese Worte an eine entmutigte und erschöpfte Kirche gerichtet worden und erinnerten die Kirchen seither daran, „dass sie Inspiration und Orientierung für ihr Zeugnis in all den Dingen finden, die Gott neu macht“.

Der Generalsekretär betont, dass die Jahreslosung für 2013 die Kirchen einlade, das Evangelium von Jesus Christus und dessen Neuheiten freudig zu verkündigen und eine

starke Befürworterin für Gottes kraftvolle Wandlung zu sein, die dem Status Quo durch Verkündigung, diakonische Arbeit und furchtloses öffentliches Zeugnis entgegentritt.

Es gebe keinen Grund aufzugeben, davonzulaufen oder sich aus den Städten und deren komplexen Situationen zurückzuziehen, in denen sich die Kirchen heutzutage befinden, so Junge. Gottes entschlossene und leidenschaftliche Liebe, die er uns durch seinen Sohn Jesus Christus schenkte, bedeute, dass es „kaum einen überzeugenden Grund“ für die Kirche gebe, der Welt „den Rücken zu kehren“, fügt er hinzu.

Der Generalsekretär betet für Gottes Inspiration im neuen Jahr, damit die Worte und die Taten der LWB-Gemeinschaft Hoffnung und Freude brächten und die Kirchengemeinschaft sich weiterhin für eine gerechte, friedliche und versöhnte Welt einsetze.

Lesen Sie die Neujahrsbotschaft 2013 des LWB-Generalsekretärs auf www.lutheranworld.org

Aus dem Inhalt

Communio

- 1.....Neujahrsbotschaft des LWB-Generalsekretärs
- 3.....LWB-Präsident Younan bekräftigt Solidarität mit der Koptischen Kirche in Ägypten
- 4.....Lutherische Kirchenleitende fordern sicheren Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen im Kongo
 - 5 Vertriebene kongolesische Familien wollen heimkehren, doch Sicherheit ist nicht garantiert
- 6.....LWB-Präsident und -Generalsekretär fordern Wahrung der Waffenruhe in Gaza

18. UN-Klimakonferenz

- 7.....Voller Einsatz für den Planeten
 - 8 Minimale Fortschritte beim Klimagipfel in Doha erfordern mehr Einsatz der Kirchen

- 10Weltweite kirchliche Organisationen sollen helfen, ökumenisches Profil des Reformationsjubiläums zu schärfen
- 11LWB-VertreterInnen besuchen von Hurrikan Sandy verwüstete Gebiete

UNHCR-Dialog zu Glauben und den Herausforderungen im Flüchtlingsschutz

- 13.....LWB spielt wichtige Rolle bei Flüchtlingsarbeit der UNO
 - 14.....UN-Dialog zu Glauben und Flüchtlingsschutz führt zu konkreten Vorschlägen
- 15Erster trilateraler ökumenischer Dialog nimmt Gespräche über die Taufe auf

Features & Themen

- 16.....LWB-Mitgliedskirchen aufgerufen, Verbindung zwischen Glauben und Geschlechtergerechtigkeit zu thematisieren
 - 16..... Fussball war ihr „Sonnenaufgang“
 - 17..... Ihr Ziel sind ahnungslose Jugendliche und arme Familien
 - 19..... Rechte und Würde junger Mädchen wahren
- 21.....Ein unerbittlicher Kampf für Gerechtigkeit, nachdem der Sohn „verschwand“
- 23.....Eine auf Hoffnung und Solidarität gegründete Gemeinschaftskasse

Kurznachrichten

- 2.....Korrektur – LWI-Sonderausgabe Nr. 10/2012
- 12.....LWB bietet nach Amoklauf an Schule in Connecticut Unterstützung durch Gebete

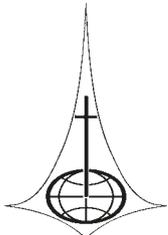
Regionalteil EuropaI-IV

Korrektur

Auf der Titelseite der LWI-Sonderausgabe Nr. 10/2012 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Der korrekte Titel lautet: „Was bedeutet das für uns heute? Wie wir uns das lutherische theologische Erbe neu zu eigen machen“.



<p>Lutherischer Weltbund – eine Kirchengemeinschaft</p> <p>150, route de Ferney Postfach 2100 CH-1211 Genf 2 Schweiz</p> <p>Telefon: +41/22-791 61 11 Fax: +41/22-791 66 30 E-Mail: info@lutheranworld.org www.lutheranworld.org</p> <p>Leiterin der Kommunikation Heidi Martinussen hpm@lutheranworld.org</p>	<p>Englische Ausgabe Pauline Mumia pmu@lutheranworld.org</p> <p>Deutsche Ausgabe Herausgegeben durch das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) im Auftrag des LWB</p> <p>Layout Stéphane Gally sga@lutheranworld.org</p> <p>Vertrieb/Abonnement Colette Muanda cmu@lutheranworld.org</p>	<p>Die Lutherische Welt-Information (LWI) wird als Informationsdienst des Lutherischen Weltbundes (LWB) herausgegeben.</p> <p>Veröffentlichtes Material gibt, falls dies nicht besonders vermerkt ist, nicht die Haltung oder Meinung des LWB oder seiner Arbeitseinheiten wieder.</p> <p>Die in der Lutherischen Welt-Information mit „LWI“ gekennzeichneten Beiträge können kostenlos mit Quellenangabe abgedruckt werden.</p>
--	---	--



LWB-Präsident Younan bekräftigt Solidarität mit der Koptischen Kirche in Ägypten

Solidarität der Kirchen weltweit mit Ägypten ist entscheidend

Jerusalem/Genf (LWI) – Für den Präsidenten des Lutherischen Weltbundes (LWB), Bischof Dr. Munib A. Younan, stellt die Inthronisierung des neuen Oberhauptes der Koptischen Kirche, Papst Tawadros II. „ein dringend benötigtes Zeichen der Einheit“ für Ägypten und für die arabische Christenheit dar.

Younan, der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL) ist, nahm als Vertreter des LWB und der ELKJHL an der feierlichen Zeremonie am 18. November teil, bei der Tawadros II. in sein Amt als 118. Papst der Koptischen Orthodoxen Kirche von Alexandrien und Patriarch von ganz Afrika eingeführt wurde. Die Zeremonie fand in der St. Markus Kathedrale in der ägyptischen Hauptstadt Kairo statt.

„Wir müssen uns bewusst machen, dass dies die grösste christliche Kirche in der arabischen Welt ist. Nach der ägyptischen Revolution und nach dem Ende der Ära des ehemaligen Präsidenten Mubarak ist dies das Ereignis, das Gläubige aus Christentum und Islam, hohe Regierungsvertreter und -vertreterinnen, sowie ein breites Spektrum der zivilen Gesellschaft zusammengebracht hat, nicht nur aus Ägypten, sondern auch aus anderen Teilen der Welt“, sagte Younan der *Lutherischen Welt-Information (LWI)*.

Ägypten hat mehr als 80 Millionen EinwohnerInnen; zehn bis zwölf Millionen von ihnen sind KoptInnen. Sie repräsentieren die Mehrheit der koptischen Christen in der Welt.

„Die Inthronisierung des neuen Papstes war ein historischer Augenblick für die Ägypterinnen und Ägypter – sie haben damit ausgedrückt, dass sie als Christen und Muslime zusammen leben wollen. Es ist ein notwendiges Zeichen der Einheit im Land zu dieser Zeit“, sagte Younan mit Bezug auf die sozio-politischen Veränderungen



Gottesdienstbesucherinnen in einer koptischen Kirche in Kairo (Ägypten) © Christian Roar Pedersen

nach der Absetzung des ehemaligen Präsidenten Hosni Mubarak und der Konsolidierung der neuen Regierung unter Präsident Mohammed Mursi.

Ökumenische Partner

Bischof Younan betonte die Bedeutung der Anwesenheit der ökumenischen Partner bei der Inthronisierung von Tawadros II. Unter den Anwesenden waren VertreterInnen des Ökumenischen Rats der Kirchen sowie Weltweiter christlicher Gemeinschaften wie dem LWB, der Anglikanischen Gemeinschaft und dem Vatikan, ausserdem die Patriarchen von Östlich-Orthodoxen, Orientalisch-Orthodoxen und katholischen Kirchen, sowie LeiterInnen verschiedener evangelikaler Kirchen. Younan sagte, er sehe dies als Zeichen der Solidarität der weltweiten Kirche mit den Kirchen in der arabischen Welt, die zurzeit mit religiösem und politischem Extremismus zu kämpfen haben.

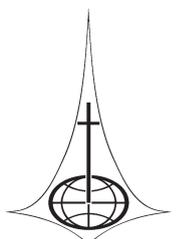
„Diese Solidarität ist äusserst wichtig, da orientalische Christinnen und Christen nicht nur im Nahen Osten leben, sondern in aller Welt“, sagte der LWB-Präsident. „Die Kirchen sind aufeinander angewie-

sen und zusammen wollen wir in der Welt Zeugnis ablegen für die zentralen Werte Liebe, Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung“, fügte er hinzu.

In einer Botschaft, die von einem der koptischen Kirchenführer verlesen wurde, bekräftigte Tawadros II. sein Engagement, sich für das Wohl von allen ÄgypterInnen, ChristInnen und MuslimInnen gleichermaßen, einzusetzen.

Younan sagte, die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Religionen habe sich auch in dem Applaus gezeigt, der immer aufbrandete, wenn der Vorgänger von Tawadros II., der verstorbene Papst Shenouda III., erwähnt wurde.

Der LWB-Präsident überbrachte Grüße des Generalsekretärs, Pfr. Martin Junge, sowie von Mitgliedskirchen der ganzen lutherischen Gemeinschaft. Papst Tawadros II. wiederum drückte seinen Dank für die Glückwünsche der LWB-Führung nach seiner Wahl Anfang November aus. Er sagte, er freue sich auf die Gespräche über Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit der beiden Kirchen.



Lutherische Kirchenleitende fordern sicheren Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen im Kongo

LWB-Generalsekretär Junge versichert kongolesische Kirche der Unterstützung und der Gebete des LWB

Nairobi (Kenia)/Genf (LWI) – Angesichts der Machtergreifung in der Stadt Goma, der grössten Stadt im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK), am 20. November durch die Rebellen, haben sich lutherische Kirchenleitende für einen sicheren Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen in das Land und die Stadt ausgesprochen.

Es wurde massiv geschossen, als die Rebellen in Goma, die Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu einrückten. Die EinwohnerInnen flohen zu Tausenden aus ihren Häusern sowie aus den Lagern für Binnenvertriebene in Richtung der beiden benachbarten Staaten Ruanda und Uganda.

Der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Pfr. Martin Junge, drückte seine Traurigkeit und seine Sorge darüber aus, dass Tausende von Menschen „ihres friedlichen Lebens beraubt wurden und inmitten des Landes, das sie ihre Heimat nannten, heimatlos sind“.

In einem Brief an den Vorsitzenden Bischof René Mwamba Sumaili der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Kongo (EELCO) versicherte Junge die LWB-Mitgliedskirchen und die Bevölkerung der DRK der Gebete der gesamten LWB-Familie.

Junge rief LutheranerInnen weltweit auf, für all diejenigen zu beten, die ihr Leben riskieren, um für die schwächsten und am stärksten auf humanitäre Hilfe angewiesenen Menschen in diesem gewalttätigen Konflikt da zu sein. Er drückte seine „Solidarität mit all jenen aus, die sich für Frieden und Gerechtigkeit im Land einsetzen“ und er „hoffe, dass der Gewalt so schnell wie möglich eine Ende bereitet wird“.

Bischof Sumaili bestätigte, dass viele Menschen aus Goma auf der Flucht sind und viele weitere getötet oder verletzt wurden. Er erklärte, die Betroffenen seien aufgrund von Strassensperrungen schwer zu erreichen, und äusserte seine Sorge

darüber, dass sich die humanitäre Situation verschlechtern könnte, da immer mehr Menschen vertrieben würden.

Die instabile Sicherheitslage behindert den Zugang zu Goma. Der LWB und die EELCO betonten, dass es notwendig sei, dass humanitäre Hilfskräfte in der Stadt die von dem Konflikt betroffenen Menschen sicher müssen erreichen können.

Die LWB-Abteilung für Weltendienst (AWD) betreibt als eine der grössten humanitären Hilfsorganisationen eine Reihe von Flüchtlingslagern in Ost- und Zentralafrika und sei derzeit in der einzigen Siedlung tätig, in der die neuen Flüchtlinge aus der DRK in Uganda ankommen, erklärte AWD-Direktor Pfr. Eberhard Hitzler.

Die AWD-Programme in Uganda und der DRK bereiteten sich darauf vor, den in dem Konflikt vertriebenen Menschen zu helfen, sagte Hitzler. Zusätzliche MitarbeiterInnen vom regionalen Stützpunkt für Nothilfe in Nairobi wurden zur Bewertung der Lage eingesetzt und unterstützen die Aufstockung der humanitären Hilfe.

Die AWD begann ihre Arbeit in der DRK 1994 als Antwort auf den massiven Flüchtlingsstrom vor dem Völkermord in

Ruanda. Der LWB arbeitet in Goma mit der EELCO sowie mit Mitgliedern des ACT-Bündnisses zusammen, darunter Norwegian Church Aid, Christian Aid und FinnChurch Aid.

Bischof Sumaili sagte, er suche die „besten Möglichkeiten der Zusammenarbeit“ mit den Mitarbeitenden dieser Organisationen.

Hitzler wies darauf hin, dass viele der Menschen in Goma vom Kleinhandel lebten und keine Lebensmittelvorräte hätten.

In den nächsten Tagen und Wochen werde die Versorgung mit sauberem Wasser für die betroffene Bevölkerung zu einem ernststen Problem werden, wenn der Ausbruch von Krankheiten vermieden werden soll. Die AWD konzentrierte ihre Arbeit in der DRK auf die Sicherung der Lebensgrundlagen, der Wasser- und sanitären Grundversorgung sowie der Hygiene. Sie seien darauf vorbereitet, auf die Bedürfnisse der Menschen in der DRK zu reagieren, doch die HelferInnen aller Organisationen müssten sich sicher bewegen können, um ihre Arbeit zu verrichten, fügte Hitzler hinzu.

(Von Melany Markham, Kommunikationsberaterin des LWB in der Region, Nairobi)



Ein Mann, der aus seiner Heimat vertrieben wurde, transportiert sein Hab und Gut auf einer Art Fabrrad, das in Goma als „Chukudu“ bezeichnet wird. © LWB-DRK/Fred Otieno



Vertriebene kongolesische Familien wollen heimkehren, doch Sicherheit ist nicht garantiert

Goma (Demokratische Republik Kongo)/ Genf (LWI) – Der neunjährige Faustin lacht glücklich während er auf einem Sack voller Kleider auf der Ladefläche eines Lastwagens sitzt.

„Ich bin glücklich, weil ich wieder bei uns zu Hause in die Schule gehen kann. Ich hoffe, ich sehe meine Freunde Antoine und Paul wieder“, sagt er, als der Lastwagen losfährt und sein Leben in dem Lager für Binnenvertriebene damit vielleicht endlich ein Ende hat.

Bündnis unterstützen die freiwillige Rückkehr von Binnenvertriebenen in ihre Heimat oder Siedlungszentren. Doch aufgrund der unsicheren Lage in einigen Gebieten hat der LWB die Bereitstellung von Transportmöglichkeiten für freiwillige RückkehrerInnen vorübergehend ausgesetzt.

„Die Sicherheitslage ist für die Menschen, die in die Gebiete nördlich von Goma zurückkehren wollen, nicht gut. Es wurde von Verge-

Programmkoordinator, Pfr. Charles Kawaya Ngenda.

Besserer humanitärer Zugang

Mpanya erklärt, dass die kürzlich erfolgte Wiedereröffnung des Flughafens von Goma die Lieferung dringend benötigter humanitärer Hilfsgüter vereinfacht habe, dass die Anwesenheit der M23-Soldaten jedoch weiterhin ein Problem für den Luftverkehr darstelle. Der Transport auf der Strasse wurde wieder aufgenommen, doch in einigen Gebieten müssen Fahrzeuge Wegzoll zahlen, wenn sie von Rebellen kontrollierte Abschnitte passieren wollen.

In der Region Masisi im Südwesten des Landes hat die starke Präsenz von Regierungstruppen, die sich auf ein mögliches Vorrücken nach Goma vorbereiteten, die EinwohnerInnen dazu gebracht, in grosser Zahl in Lager für Binnenvertriebene zu flüchten.



Pfr. Charles Kawaya Ngenda, LWB-Programmkoordinator in der DRK, lauscht den Berichten einer Gruppe von vertriebenen Personen im Don Bosco-Zentrum in Goma. © LWB-DRK/Fred Otieno

Faustin und seine Familie gehörten zu den schätzungsweise 140.000 Menschen, die im November rund um die Stadt Goma vertrieben wurden, als eine neue Welle von Kämpfen in der DRK aufflammte. Die M23-Rebellen haben sich unter Vorbehalt aus der Region um Goma zurückgezogen und einige der Binnenvertriebenen kehren langsam in die Heimat zurück. Im benachbarten Uganda gehen die Friedensgespräche zwischen der kongolesischen Regierung und den Rebellen weiter.

Einem Bericht des Zentrums zur Beobachtung von Binnenvertriebenen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) vom 7. Dezember zufolge hat der Machtkampf zwischen Regierungstruppen und M23-Kräften „eine massive Flüchtlingswelle und viel Leid“ verursacht.

Der Lutherische Weltbund (LWB) und seine Partner im ACT-

waltungen berichtet. Jungen und Männer fühlen sich bedroht, da es Berichte über Entführungen von jungen Männern durch die Rebellen gibt“, erklärte Frau Mapendo, eine Vertriebene, nach ihrer Rückkehr von einem vom LWB organisierten Besuch in ihrer Heimatregion zur Bewertung der Lage. Auch Emile Mpanya, Vertreter des LWB in der DRK und Leiter des Länderprogramms der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD), nahm an dem gemeinsam mit der deutschen Diakonie Katastrophenhilfe und dem UNHCR organisierten Besuch am 11. Dezember teil.

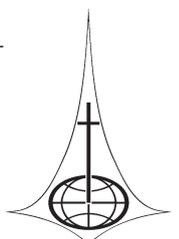
Für die bereits Zurückgekehrten plant der LWB die Bereitstellung von „Saatgut für ihre Farmen und Unterstützung mit landwirtschaftlichen Geräten. Doch wir werden auch die Nahrungsmittelhilfe noch drei Monate fortführen“, erklärt der LWB-

Knappe Ressourcen

In mehreren Lagern für Binnenvertriebene führt der LWB die Hilfe gemeinsam mit dem Welternährungsprogramm (WEP) durch die Verteilung von Nahrungsmitteln fort. Die Hilfe erreicht schätzungsweise 120.000 Menschen, doch gibt es, wie Mpanya erklärt, Engpässe.

Banzira Wkizum Wani fand zusammen mit seiner Frau und sechs Kindern in der Neema-Grundschule im Majengo-Distrikt von Goma Zuflucht. „Wir sind Bauern. Ich konnte genug anbauen, um meine Familie zu ernähren, jetzt müssen wir uns die wenige Nahrung teilen, die wir von den humanitären Organisationen erhalten. Ich wünschte wirklich, ich könnte auf meine Farm zurückkehren“, sagt er.

Die LWB-Teams führen in den Lagern regelmässig Kontrollen durch, um trotz der knappen Ressourcen bestmöglich helfen zu können. Sie stellen auch sicher, dass in den Flüchtlingszentren



Frieden und Ordnung aufrechterhalten werden und dass die Würde der Hilfsbedürftigen gewahrt bleibt.

Yvonne Doudou verhehlt ihre Freude nicht, wenn sie Hilfe bei Don Bosco bekommt: „Ich kann meine Fa-

milie jetzt für die nächsten zehn Tage ernähren“, sagt sie, nachdem sie zwei Säcke Mais und Bohnen und fünf Liter Speiseöl erhalten hat.

Mpanya hofft, dass Regierung und Rebellen zu einer Übereinkunft kom-

men, „so dass die Menschen in Sicherheit nach Hause zurückkehren können“.

(Für LWI von Fred Otieno, Beauftragter für Kapazitätsaufbau des AWD-Programms in Kenia/Dschibuti, der derzeit im Programm in der DRK tätig ist.)

LWB-Präsident und -Generalsekretär fordern Wahrung der Waffenruhe in Gaza

Aufruf zur sofortigen Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen

Genf (LWI) – Der Lutherische Weltbund (LWB) hat die am 21. November in der ägyptischen Hauptstadt Kairo für den Gazastreifen vereinbarte Waffenruhe zwischen Israel und der palästinensischen Hamas begrüsst und alle Seiten aufgerufen, diese zu wahren und die Verhandlungen für eine umfassendere Friedensvereinbarung zwischen Israel und Palästina umgehend wieder aufzunehmen.

In einer Erklärung vom 22. November betonten LWB-Präsident Bischof Dr. Munib A. Younan und LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge, der jüngste Konflikt habe unschuldige Menschen das Leben gekostet und Verletzte auf beiden Seiten hinterlassen. Eine umfassende Friedensvereinbarung sei dringend notwendig. Younan ist Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land.

Laut Berichten von Mitarbeitenden der Vereinten Nationen sind in der eine Woche lang anhaltenden grenzüberschreitenden Gewalt mit Raketenan-

griffen gegen Israel aus dem Gazastreifen und israelischen Luftangriffen auf den Gazastreifen rund 140 PalästinenserInnen getötet worden, mehr als die Hälfte von ihnen ZivilistInnen, weitere 900 wurden verletzt und fast 10.000 Menschen wurden vertrieben. In Israel starben fünf Menschen und mehr als 200 wurden verletzt.

Der LWB bekräftigt seine Forderung nach einer sofortigen Aufhebung der Wirtschaftsblockade gegen den Gazastreifen und forderte internationale Bemühungen, um das Leiden der Menschen zu lindern. Er rief alle Seiten auf, Gewalt und Provokationen zu unterlassen.

„Die humanitäre Lage [im Gazastreifen] ist verheerend. Kinder, alte Menschen und andere verwundbare Personen tragen die Hauptlast des Konflikts“, heisst es in der Erklärung.

Younan und Junge betonten, dass das Scheitern der Lösungsbemühungen in diesem bereits Jahrzehnte andauernden Konflikt die politischen und religiösen

Spannungen in der Region nur noch verschlimmere. „Es ist zu befürchten, dass die Stimmen der Gewalt, der Militanz, des Extremismus und der Intoleranz lauter und lauter werden und die Stimmen des Friedens, der Versöhnung, der Vermittlung und des gegenseitigen Respekts übertönen“, erklären die LWB-Führungspersonen mit Sorge.

Sie bekräftigen die Vorstellung des LWB für die Region, die ein Ende der israelischen Besatzung und die Einrichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates neben Israel vorsieht, dessen sichere Grenzen auf den Grenzlängen von 1967 verlaufen. Des Weiteren sieht der LWB ein gemeinsames Jerusalem für jüdische, christliche und muslimische Gläubige gemäss den UN-Resolutionen.

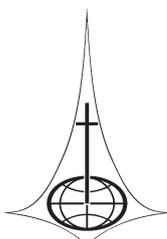
Younan und Junge rufen die palästinensischen politischen Bewegungen Fatah und Hamas auf, miteinander zu verhandeln, um zu einer einheitlichen palästinensischen Position zu gelangen. Sie betonten die Notwendigkeit von „gegenseitigem Respekt und Würde“ zwischen Israel und Palästina und riefen die Vermittler der Waffenruhe in Gaza, allen voran Ägypten und das sogenannte Quartett (die UNO, die Europäische Union, Russland und die Vereinigten Staaten), auf, ihre Friedensbemühungen zu intensivieren.

Sie fordern die LWB-Mitgliedskirchen und alle Gläubigen auf, für Heilung, Trost und Liebe für die Betroffenen zu beten, und für die Führungskräfte auf allen Seiten um Weisheit und Mässigung zu bitten.

Die vollständige Erklärung von LWB-Präsident und LWB-Generalsekretär finden Sie auf: www.lutheranworld.org



Vertriebene palästinensische Kinder spielen in einem Klassenzimmer einer von der UNO betriebenen Schule im Gazastreifen. © Subaib Salem/Reuters, mit Genehmigung von Trust.org – AlertNet



18. UN-KLIMAKONFERENZ

26. November - 7. Dezember, Doha (Katar)

Voller Einsatz für den Planeten

Auf dem Klimagipfel in Doha drängt LWB-Jugend auf konkrete Massnahmen

Doha (Katar)/Genf (LWI) – Während in Doha die jüngsten Verhandlungen der Vereinten Nationen zum Klimawandel beginnen, sind junge LutheranerInnen aus der ganzen Welt in der Hauptstadt von Katar zusammengekommen, um sich aktiv für konkrete Massnahmen einzusetzen und bei ihrer Rückkehr ihren Kirchen und Gemeinschaften zuhause greifbare Lehren mitbringen zu können.

„Die Regierungen müssen Entscheidungen treffen, die der gesamten Menschheit nützen, und über den Tellerrand ihrer eigenen unmittelbaren nationalen Interessen hinausschauen“, sagt Tsiry Rakoto aus Madagaskar, eine der KoordinatorInnen der Delegation des Luthersichen Weltbundes (LWB). „Wir fordern konkrete Zusagen zur Verringerung von Treibhausgasen und zur Verwendung sauberer Energiequellen.“

Sie betont wie wichtig ein stärkeres Engagement zur Unterstützung der Entwicklungsländer ist, weil viele Gemeinschaften bereits unter den katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels leiden. „Wenn überhaupt, dann erholen sich Entwicklungsländer allzu häufig nur langsam vom erlittenen Verlust und Schaden, weil ihnen die nötigen Mittel fehlen.“

Die neun jungen Leute im Alter von 21 bis 29 Jahren, die als LWB-Delegation mit Beobachterstatus an dem Gipfel in Doha teilnehmen, vertreten alle Regionen der Welt und kommen aus LWB-Mitgliedskirchen in Argentinien, Brasilien, Deutschland, Indien, Kanada, Madagaskar, Norwegen, Papua-Neuguinea und Polen. Durch ihre Teilnahme sollen sie unter anderem im Rahmen von Side Events (Nebenveranstaltungen) zum Thema Advocacy Kontakte knüpfen und sich mit VertreterInnen des ACT-Bündnisses, des Ökumenischen Rates der Kirchen und globaler Jugenddelegationen abstimmen.

Es wird mit insgesamt etwa 17.000 Teilnehmenden an der von 26. Novem-



Junge LutheranerInnen nehmen am 1. Dezember mit hunderten weiteren DemonstrantInnen an einem Klimamarsch in Katar teil, um umfassendere Massnahmen auf dem COP 18-Gipfel zu fordern. © LWB/Sidney Traynbam

ber bis 7. Dezember stattfindenden 18. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien (COP) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) gerechnet.

Warime Gutu, der für den Gipfel aus Papua Neuguinea angereist ist, ist der Ansicht, dass der Klimawandel für seine Generation das wichtigste Thema überhaupt ist. Er fragt: „Werden sich die Nationen wirklich zum Nutzen aller engagieren – in Wort und Tat, und sowohl für Industrieländer als auch für kleine Minderheitenländer, die sich noch in der Entwicklung befinden?“

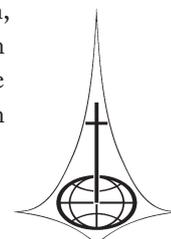
Bei den Verhandlungen in Doha soll unter anderem ein neuer Vertrag ausgearbeitet werden, der das Kyoto-Protokoll ersetzen soll, denn dieses läuft 2015 aus und ist die einzige rechtlich verbindliche Vereinbarung, welche die Unterzeichnerstaaten dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Auf der Konferenz soll auch über Mechanismen zur Klimafinanzierung wie beispielsweise den Grünen Klimafonds gesprochen werden, mit deren Hilfe Länder unterstützt werden sollen, die von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen sind.

„Einige der wichtigsten Länder müssen für einen neuen Vertrag noch neue Grenzwerte für den Ausstoss von Treibhausgasen und Zielsetzungen zu dessen Verringerung vorlegen, andere Länder haben sich nur bescheidene Ziele gesteckt“, erklärt Rakoto.

Jugend in den Mittelpunkt rücken

Junge LutheranerInnen engagieren sich seit langem auf örtlicher und internationaler Ebene auf dem Gebiet des Klimawandels; dennoch ist die Konferenz von Doha für den LWB eine Premiere. „Diese jungen Leute sind nicht nur Mitglieder der LWB-Delegation, die zum Doha-Gipfel geschickt wurde, sie sind die LWB-Delegation in Doha“, erklärt LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge.

Er fügt hinzu: „Als Kirchengemeinschaft haben wir bewusst die Entscheidung getroffen, bei unserer Advocacy zum Klimawandel junge Menschen in den Vordergrund und in den Mittelpunkt zu rücken, denn sie haben in unseren Kirchen heute Führungspositionen inne und werden später den Planeten



erben, den vorherige Generationen zurücklassen.“

Rakoto, die im LWB-Büro der Kirchengemeinschaft in Genf ein Praktikum im Büro für internationale Angelegenheiten und Menschenrechte macht, sagt, dass der LWB verstehe, dass „junge Menschen wichtige Akteure“ sind.

Wichtige neue Lehren

Zwei Mitglieder der LWB-Delegation nahmen in Doha an einer Jugendveranstaltung teil, auf der sich auch die oberste Klimaexpertin der UNO, Christiana Figueres, einfand. Sie sagte den Jugendvertretern aus der ganzen Welt: „Das Wichtigste, was Ihr tun könnt, ist eure Zeit und Energie dafür einzusetzen, andere in diesem Prozess zu beraten.“

Die Delegation hält das, was zuhause geschieht, für ihre wichtigste Aufgabe. „Ich glaube, dass wir durch unsere Teilnahme am COP18-

Prozess glaubwürdiger werden und unsere Kirchen, Gemeinschaften und Regierungen in Zukunft besser beeinflussen können“, sagt Rakoto.

Chris Böer, Jugenddelegierter des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes, nimmt die Aussage von Figueres über die Beteiligung an diesem Ereignis sehr ernst. Die jungen Leute hätten zwar kein Stimmrecht, sie würden den Prozess jedoch als BeobachterInnen verfolgen und an Side Events teilnehmen.

„Obwohl wir als Delegation noch vieles über die Prozesse und Strukturen lernen müssen, freuen wir uns über die Gelegenheit, dabei zu sein“, fügt Böer hinzu.

Die Teilnahme der LWB-Delegation am COP18-Gipfel baut auf die langjährige Advocacy-Arbeit der Organisation im Bereich Klimawandel auf. Dieses Engagement wurde auf der LWB-Vollversammlung 2010 und in der LWB-Strategie 2012-2017 erneut bekräftigt. Ausserdem setzt der

LWB durch sie sein Engagement fort, junge Menschen in seine Initiativen einzubeziehen, wie zum Beispiel im Frühjahr dieses Jahres durch die virtuelle Konferenz „ökologisch&gerecht“.

Auch wenn der Gipfel keinen entscheidenden Durchbruch schaffe, sei er für die Länder und Gemeinschaften, die bereits mit den Auswirkungen des Klimawandels leben müssten sehr wichtig, so Rakoto. „Das Treffen wird einen Rahmen für ein andauerndes Engagement der Staaten schaffen und Raum bieten für verstärktes und konkretes Handeln in der Zukunft.“

Für Guti, der auch Mitglied des LWB-Rates ist, ist der Klimawandel ein grösseres moralisches Problem als alle anderen politischen oder wirtschaftlichen Themen. „Es läuft letztlich auf moralische Werte hinaus und darauf, ob wir uns für die Rechte der am stärksten Betroffenen – der Armen und Unterdrückten – einsetzen“, fügt er hinzu.

Minimale Fortschritte beim Klimagipfel in Doha erfordern mehr Einsatz der Kirchen

Die zweiwöchigen Verhandlungen während des Klimagipfels in Doha (Katar) führten zu keinen wirksamen Ergebnissen für die armen und schwachen Gemeinschaften der Welt, die von den Auswirkungen des Klimawandels am stärksten betroffen sind. Das berichten Delegierte des Lutherischen Weltbundes (LWB).

Trotz des Ausbleibens von Fortschritten haben die Mitglieder der LWB-Delegation, die als BeobachterInnen an der Klimakonferenz teilgenommen haben, die Hoffnung nicht aufgegeben. Die neun jungen Männer und Frauen arbeiteten während der Konferenz an der Förderung des interreligiösen Dialogs und engagierten sich in gemeinsamer Advocacy-Arbeit mit dem ACT-Bündnis und dem Ökumenischen Rat der Kirchen.

„Wenn die Regierungen der reichen Nationen nicht bereit sind, die notwendigen Massnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, dann müssen wir das tun“, sagt Warime Guti aus Papua-Neuguinea. „Es ist unsere Zu-

kunft, und wir müssen für sie kämpfen.“ Die Gruppe ist davon überzeugt, dass ein Handeln seitens der BürgerInnen und Kirchen notwendiger ist denn je, und jedes Mitglied der Delegation hat sich dazu verpflichtet, in seinem/ihrer Heimatland eine Initiative zum Thema Klimawandel umzusetzen, die vom LWB begleitet werden wird.

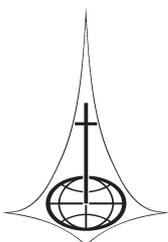
Die Kirche muss sich äussern

Zum Ende der Sitzungen in Doha erörterte die Gruppe Möglichkeiten, wie der LWB und seine Mitgliedskirchen sich aktiver mit dem Thema Klimawandel auseinandersetzen können. „Die Kirche hat immer noch eine wichtige Stimme und spielt als globales Gewissen für unsere Gemeinschaften und Länder weiterhin eine bedeutende Rolle“, erklärten sie. „Es ist an uns als Kirche, uns zu äussern, uns einzusetzen, Advocacy zu betreiben und den öffentlichen Dialog in unseren jeweiligen Kontexten zu beeinflussen, so dass die Menschen

auf dieses Thema aufmerksam werden und unsere Regierungen zum Handeln zwingen.“

Auch wenn die Regierungen auf dem Doha-Gipfel keine nennenswerten neuen Kohlenstoffemissionsreduktionen beschlossen haben, gab es doch einige kleine Zugeständnisse, die den Übergang in die nächste Gesprächsrunde erleichtern können. Die Länder vereinbarten die künftige Schaffung eines Finanzierungsmechanismus zur Entschädigung von Verlust und Beschädigungen, die sich aus durch den Klimawandel resultierenden Katastrophen in Entwicklungsländern ergeben. Viele BeobachterInnen vermuten jedoch, dass sich der Ehrgeiz, ein solches System zu etablieren, als eher gering erweisen wird.

Darüber hinaus kündigten mehrere Länder ein umfassenderes Engagement für grüne Klima-Initiativen bzw. deren Finanzierung sowie entsprechende Hilfsprogramme an. Doch das finanzielle Engagement bleibt insgesamt gering und ob das zuvor



beschlossene globale Ziel, bis 2020 100 Milliarden USD pro Jahr für die Entwicklungsländer aufzubringen, erreicht wird, ist unklar.

Mit einer Stimme sprechen

Der LWB-VertreterInnen erklärten, ihre Teilnahme an den Sitzungen in Doha habe ihnen deutlich gemacht, wie wichtig die Weiterentwicklung und Aktualisierung ganzheitlicher Strategien zum Klimawandel, das gemeinsame Engagement mit der Zivilgesellschaft für eine gemeinsame Interessenvertretung sowie die theologische Reflexion seien.

Eine der wichtigsten Initiativen, die sie leiteten, war ein internationales, interreligiöses Treffen von jungen Menschen mit verschiedenen religiösen Hintergründen, um mit dem Networking und der Planung für den COP 19-Klimagipfel in Polen zu beginnen.

„Auch mit kleinen Dingen kann Großes bewegt werden. Davon bin ich überzeugt“, sagt Iwona Baraniec aus Polen, die auch Mitglied des LWB-Rates ist. „Ich habe gesehen, dass sogar kleine Gemeinschaften Einfluss auf die Verhandlungen haben können.“ Sie möchte sich weiterhin in der interreligiösen Koordination engagieren und ihre Kirche bei den Vorbereitungen unterstützen, denn der Gipfel findet 2013 in ihrem Land statt.

„Ich möchte sehen, dass alle Kirchen und Gemeinschaften am Thema Klimawandel arbeiten“, so Baraniec. „Viele Unterschiede trennen uns, wir sind römisch-katholisch, evangelisch, jüdisch oder muslimisch, aber wir können mit einer gemeinsamen Stimme sprechen.“

Leif Christian Andersen sieht das Thema Klimawandel als Chance und plant, nach seiner Rückkehr nach Norwegen einen interreligiösen Ansatz zu verfolgen. „Es ist frustrierend, dass die Verhandlungen so zäh vorankommen, doch das bedeutet, dass wir zu Hause noch härter arbeiten müssen.“

Er ist insbesondere um Norwegens Jugend besorgt, die seiner Ansicht nach das Interesse am Thema Klimawandel verloren hat. „Es ist kein so dringendes Thema mehr. Die Leute sagen, ‚Ach, vielleicht wird er ja gar



Mitglieder der LWB-Delegation auf dem COP 18-Gipfel in Doha (Katar).
© LWB/Sidney Traynham

nicht von den Menschen verursacht“, erklärt Andersen, ein Krankenpfleger und Lokalpolitiker. In seinem Land sei das besonders schwierig, fügt er hinzu, denn Norwegen hänge finanziell von der Öl- und Gasindustrie ab.

„In den Medien wird meist nur über Konflikte zwischen den Religionen berichtet“, bemerkt Andersen. „Ich hoffe, dass ich es durch neue Gespräche schaffen kann, die Medien auch auf die gute Arbeit aufmerksam zu machen, die gläubige Menschen gemeinsam vollbringen können.“

Bereit, etwas zu tun

Guti glaubt, dass die LutheranerInnen, die fast 20 Prozent der Bevölkerung in Papua-Neuguinea ausmachen, mehr tun können, wenn sie sich organisieren und das Thema Klimawandel ansprechen, „damit die Regierung das Volk besser vertreten kann“.

„Wenn die Kirche schweigt, hat sie keine Macht“, sagt Gutu, IT-Koordinator bei der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea. „Dabei sollten wir doch die Stimme derjenigen sein, die keine Stimme haben.“

Sein zweiteiliger Plan umfasst die Organisation eines Forums, um den Klimawandel vor dem Hintergrund der Arbeit der Kirche in Bereichen wie Ernährungssicherheit, sozialer Gerechtigkeit, Gesundheit und Bildung als bereichsübergreifendes Problem gemeinsam zu erörtern. Die Beteiligung

der Gemeinden sei entscheidend und Gutu meint, dies könne bei konkreten Massnahmen wie dem Sammeln von Plastikabfällen und gemeinschaftlichen Initiativen zur Verringerung der Umweltverschmutzung beginnen.

Nahún Stürtz aus Argentinien berichtet, die Konferenz sei für ihn trotz des Mangels an Massnahmen seitens der Regierungen sehr bedeutungsvoll gewesen.

„Wir können nicht darüber diskutieren, ob etwas getan werden soll oder nicht“, sagt er. „Der Klimawandel ist Realität. Wir müssen handeln. Und ich möchte mit der Arbeit beginnen.“

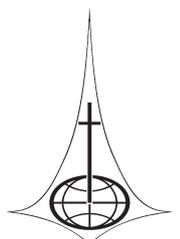
LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge lobte die Delegation für ihre aktive Teilnahme an den COP 18-Veranstaltungen in Doha. „Ihr Engagement, ihr Einsatz und ihre Erfahrungen auf dem Gipfel stellen einen bedeutenden Beitrag zum Engagement des LWB bei der Bekämpfung des Klimawandels dar“, erklärte er.

„Wir werden ihre Überlegungen und Empfehlungen an den LWB-Rat weiterleiten und über das weitere Handeln entscheiden“, fügt er hinzu.

(Von Sidney Traynham, LWB-Kommunikationskoordinator auf dem Doha-Gipfel)

Online-Updates von der LWB-Delegation finden Sie über den Blog der LWB-Jugend:

www.lwfyouth.org



Weltweite kirchliche Organisationen sollen helfen, ökumenisches Profil des Reformationsjubiläums zu schärfen

LWB spricht mit EKD-Delegation in Genf über Pläne

Genf (LWI) – Eine Delegation der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) war am 28. November auf Einladung des Lutherischen Weltbundes (LWB) im Ökumenischen Zentrum in Genf zu Gast, um mit den weltweiten kirchlichen Organisationen über Pläne für das 500. Reformationsjubiläum 2017 zu sprechen.

In Deutschland, der Wiege der Reformation, sind die Vorbereitungen für das Reformationsjubiläum bereits seit einigen Jahren in vollem Gange.

Bischof Martin Schindehütte, der für die ökumenischen Beziehungen und die Auslandsarbeit der EKD zuständig ist, erklärte, dass die ökumenische Dimension der Reformation im deutschen Kontext noch gestärkt werden müsse. Er rief den LWB, die Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WRK) und den Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) sowie alle anderen bei dem Treffen Anwesenden auf, die deutschen Kirchen dabei zu unterstützen, die ökumenische Dimension zu einem zentralen Element in den Vorbereitungen auf das Reformationsjubiläum zu machen.

Mitglieder der Delegation waren neben Schindehütte Pfarrerin Dr. Margot Kässmann, Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum 2017, und Oberkirchenrat Norbert Denecke, Geschäftsführer des Deutschen Nationalkomitee (DNK) des LWB.

Der LWB steht mit Mitgliedskirchen und ökumenischen Partnern in regelmässigem Kontakt, um zu eruieren, was die verschiedenen Organisationen für das Reformationsjubiläum planen und wie er die Mitgliedskirchen auf ihrem Weg zum Reformationsjubiläum am besten begleiten kann. Auch die Gespräche mit der EKD-Delegation waren Teil dieses Prozesses.

Von zentraler Bedeutung für den LWB in seinen Vorbereitungen auf das Reformationsjubiläum ist, dass

die Reformation eine Weltbürgerin geworden ist und dass das Jubiläum polyzentrisch begangen werden muss.

„Wenn Sie verschiedene Kirchen in der Welt besuchen, werden Sie feststellen, dass sie alle über unterschiedliche Orte und Menschen der Reformation in ihrer jeweiligen Region sprechen. Ich hoffe, dass die EKD ernten kann, was die Reformation von ihrer Reise um die Welt zu ihrer Geburtsstätte zurückbringt“, erklärte LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge während des Treffens.

Junge sagte, der LWB sei derzeit dabei zu untersuchen und zu planen, wie das Reformationsjubiläum so gefeiert werden kann, dass die globale Dimension der Reformation und die immer noch aktuelle Bedeutung sowie die Gaben der Reformation anerkannt werden. Auch müsse das Reformationsjubiläum ökumenischen verantwortlich gefeiert werden.

Kässmann sagte, es sei wichtig, der breiteren Öffentlichkeit in den Vorbereitungen zu erklären, dass das Reformationsjubiläum nicht nur ein Fest für die Kirche sei. „Die Botschaft der Reformation von Freiheit

ist auch für kirchenferne Menschen wichtig“, betonte sie.

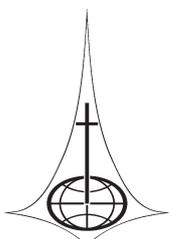
Sie berichtete, dass in Eisleben, der Stadt, in der Luther getauft wurde, nur sieben Prozent der Menschen ChristInnen seien. In diesem säkularen Kontext müssten die Kirchen eine Sprache finden, die auch die Menschen ausserhalb der Kirche anspreche.

Die VertreterInnen der kirchlichen Organisationen sprachen über die verschiedenen Dimensionen des Reformationsjubiläums und tauschten sich darüber aus, wie die ganze ökumenische Bewegung daran teilhaben kann. ÖRK-Generalsekretär Pfr. Dr. Olav Fykse Tveit, der selbst lutherischer Pfarrer ist, erklärte: „Lutherisch zu sein bedeutet, nachdrücklich aufgefördert zu sein, ökumenisch zu sein.“

Der „Sonderausschuss des LWB zum Reformationsjubiläum 2017“ hat die Aufgabe, einen programmatischen Rahmen für die Feierlichkeiten des LWB zum Reformationsjubiläum auszuarbeiten. Der Ausschuss wird seine Empfehlungen Anfang 2013 abschliessend bearbeiten. Er wird dem LWB-Rat im Juni 2013 Bericht erstatten.



Die EKD-Delegation zu Besuch im Ökumenischen Zentrum in Genf (v. li. n. re.): Pfr. Dr. Setri Nyomi (WRK); Pfr. Dr. Olav Fykse Tveit (ÖRK); Pfarrerin Dr. Margot Kässmann (Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum 2017); Bischof Martin Schindehütte (EKD); Pfr. Martin Junge (LWB) und Oberkirchenrat Norbert Denecke (DNK/LWB). © LWB/H. Martinussen



LWB-VertreterInnen besuchen von Hurrikan Sandy verwüstete Gebiete

Generalsekretär Junge: Eine Botschaft der Hoffnung für all jene, die beim Wiederaufbau helfen

Chicago (USA)/Genf (LWI) – Bei einem historischen Besuch bereisten Führungskräfte der Evangelisch-Lutherische Kirche in Amerika (ELKA) und eine Delegation von KirchenleiterInnen als VertreterInnen des Lutherischen Weltbundes (LWB) am 30. November und 1. Dezember gemeinsam Gebiete in den Vereinigten Staaten, die von den durch Hurrikan Sandy verursachten Stürmen betroffen waren.

Der Leitende Bischof der ELKA, Mark S. Hanson, bezeichnete den Pastoralbesuch als historisch. Die „Mauern, die die lutherischen Kirchen in aller Welt in der Vergangenheit trennten, existieren nicht mehr“, und LWB und ELKA arbeiteten inzwischen Hand in Hand. Hanson sagte weiter, der Besuch zeige auch, dass die lutherischen Kirchen in Afrika, die zu den am schnellsten wachsenden Kir-

„Keine Kirche kann so gross, so alt [und] so gut ausgestattet sein, dass sie nicht stark von der Liebe, Anteilnahme und Solidarität anderer abhängt. Andererseits ist auch keine Kirche so klein, so jung und mit so geringen Mitteln ausgestattet, dass sie nicht geben und mit anderen teilen kann. Wir möchten, dass die Begleitung durch die LWB-Delegation symbolhaft für diese auf Gegenseitigkeit beruhende Beziehung steht, die die Grundlage für das grosse Geschenk ist, das wir erfahren und für das der LWB steht: Kirchen in Gemeinschaft zu sein“, so Junge.

Die lutherische Gemeinschaft wurde von Bischof Elisa Buberwa von der Nordwestlichen Diözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania (ELKT), von Bischöfin Cindy Halmarson von der Synode in Saskatchewan der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kanada (ELKIK) und von Pfr. Dr. Veikko Munyika von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia (ELKIN) vertreten. Die ELKT unterhält freundschaftliche Beziehungen zur ELKA-Synode der Stadt New York und die ELKIN ihrerseits mit der ELKA-Synode in New Jersey.



Bischof Elisa Buberwa von der Nordwestlichen Diözese der ELKT betrachtet die Schäden, die Hurrikan Sandy auf Staten Island (New York/USA) hinterlassen hat. © ELKA

chen weltweit zählen, nun aus eigener Initiative in die Vereinigten Staaten kämen, um ihre Anteilnahme und Solidarität zum Ausdruck zu bringen.

„Die Delegation steht stellvertretend für den ganzen LWB mit seinen 143 Mitgliedskirchen und ist hier, um all jenen, die leiden, Worte des Trosts zuzusprechen und denen, die ihr Leben wieder aufbauen, eine Botschaft der Hoffnung zu bringen“, schrieb LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge in einem Brief vom 27. November an Hanson.

Die Mitglieder der Delegation machten sich ein Bild von den Zerstörungen und Schäden an Kirchengebäuden der ELKA und an den Häusern der dort lebenden Menschen. Mehr als zehn Kirchengebäude waren stark beschädigt und tausende von ELKA-Mitgliedern sind noch immer obdachlos und/oder bauen ihre Häuser nach dem Sturm, der entlang der US-amerikanischen Atlantikküste einen auf 50 Milliarden US-Dollar geschätzten Schaden verursachte, wieder auf.

„Durch ihre Anwesenheit möchte die LWB-Delegation die ELKA bei den spirituellen und materiellen Herausforderungen, die durch Hurrikan Sandy auf die Kirche zugekommen sind, unterstützen“, schrieb Junge.

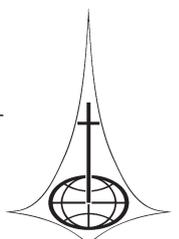
„Keine Kirche kann so gross, so alt [und] so gut ausgestattet sein, dass sie nicht stark von der Liebe, Anteilnahme und Solidarität anderer abhängt. Andererseits ist auch keine Kirche so klein, so jung und mit so geringen Mitteln ausgestattet, dass sie nicht geben und mit anderen teilen kann. Wir möchten, dass die Begleitung durch die LWB-Delegation symbolhaft für diese auf Gegenseitigkeit beruhende Beziehung steht, die die Grundlage für das grosse Geschenk ist, das wir erfahren und für das der LWB steht: Kirchen in Gemeinschaft zu sein“, so Junge.

Die lutherische Gemeinschaft wurde von Bischof Elisa Buberwa von der Nordwestlichen Diözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania (ELKT), von Bischöfin Cindy Halmarson von der Synode in Saskatchewan der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kanada (ELKIK) und von Pfr. Dr. Veikko Munyika von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia (ELKIN) vertreten. Die ELKT unterhält freundschaftliche Beziehungen zur ELKA-Synode der Stadt New York und die ELKIN ihrerseits mit der ELKA-Synode in New Jersey.

Schäden in Augenschein nehmen und den Überlebenden zuhören

„Ich glaube fest daran, dass wir gemeinsam öffentlich klagen und trauern müssen“, sagte Hanson bei einem Treffen mit einer grossen Gruppe von PastorInnen der ELKA am 30. November in West Hartford, Connecticut. „Die Menschen müssen weinen und das betrauern, was vergangen ist, so, wie im Buch der Klagelieder, bevor sie bereit sind, ihre Trauer loszulassen und [nach der Katastrophe] wieder nach vorne zu schauen.“

Der Leitende Bischof würdigte zudem die „ungeheure Kraft, mit der die Menschen hoffen, und die uner-



schütterliche Liebe Gottes, die niemals endet“. Ein wesentlicher Aspekt der Reise sei, so Hanson, „dass wir euch begleiten und für euch da sind“.

Munyika bekräftigte das und ergänzte, dass die Fernsehnachrichten und Bilder, die man aus der Ferne sieht, eine Sache seien, dass das persönliche Erleben aber einen viel stärkeren Eindruck hinterlasse. „Ich bin in die Vereinigten Staaten gekommen, um das zu tun, was E-Mails, Faxe und Anrufe nicht vermögen – persönliche Solidarität, Liebe und Anteilnahme zum Ausdruck zu bringen [und] den Menschen zuzuhören, die all dies hier miterlebt haben.“

Den Überlebenden des Sturms zuzuhören und an ihren Geschichten Anteil zu nehmen, war laut Pfr. Stephen P. Bouman, dem Exekutivdirektor der ELKA-Abteilung für den Dienst auf Gemeinde-, Synoden- und gesamtkirchlicher Ebene, besonders hilfreich. „Keine Katastrophe ist wie eine andere“, sagte er. „Die Erzählungen der Menschen sind sehr wichtig.“

„Ich bin mit dem Herzen bei Ihnen. Das ist eine neue Mission für die Kirche. Etwas, das wir von Hurrikan Katrina gelernt haben, ist, dass wir die Kraft des Evangeliums in der Gemeinschaft nicht übersehen können“, sagte Bouman.

Für Halmarson war es erschütternd, die von den Überschwemmungen zerstörten Gebiete zu sehen. Der LWB „ist in die Vereinigten Staaten gekommen, um zu sagen ‚Wir sind bei euch‘. Zum allerersten Mal werde ich nach Hause fahren und von all jenen berichten, die in New York und

New Jersey Hilfe leisten. Wir sind im Gebet weiter bei euch.“

Buberwa sagte den Überlebenden, diese Geste der Unterstützung der lutherischen Gemeinschaft sei erst der Anfang. „Ich werde all diese Geschichten mitnehmen und sie den Menschen zu Hause erzählen. [Wir] werden für euch beten. Unsere Gebete sind mit euch.“

Langfristiger Wiederaufbau

Gebete sind jedoch nur ein Teil der Antwort der Kirche, sagte Pfr. Michael Stadio, der die Katastrophenhilfe der ELKA koordiniert. Stadio versucht, den Bedarf an finanzieller Hilfe zu bemessen und arbeitet mit den lutherischen Sozialdiensten vor Ort zusammen.

„Die drei Bereiche, auf denen unser Hauptaugenmerk liegt, sind emotionaler und spiritueller Beistand, die Koordination ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer sowie der langfristige Wiederaufbau“, sagte er und fügte hinzu, dass Katastrophenhilfe in ganz unterschiedlicher Weise stattfinden kann, zum Beispiel durch Freiwillige, die beim Entrümpeln zerstörter Häuser helfen.

Bischof Robert A. Rimbo von der ELKA-Synode der Stadt New York und Bischof E. Roy Riley Jr. von der ELKA-Synode New Jersey brachten ihre Dankbarkeit für den Pastoralbesuch zum Ausdruck und betonte, dass sie noch viele Monate zusammenarbeiten werden.

Riley sagte, die Synode von New Jersey fange erst an, die Schäden zu

überblicken. „Auch vier Wochen nach der Katastrophe sind wir noch mit der Schadensfeststellung beschäftigt. So viele Menschen sind obdachlos geworden und zwei Kirchen[gebäude] sind schwer beschädigt. Es hat allein Wochen gedauert, nur die Leute ausfindig zu machen. Wir werden noch lange brauchen, bis alles wieder in Ordnung ist.“

Herb Nellis, ein Mitglied der Lutherischen Kirche Gethsemane in Keyport, New Jersey, und pensionierter Lastwagenfahrer und Kleinunternehmer, hat sich auf eine lange Zeit des Wiederaufbaus eingestellt. Das Erdgeschoss seines Hauses wurde zerstört und er lebt nun in einem Haus, das ihm ein Freund zur Verfügung gestellt hat. „Wie ich damit zurechtkomme?“, fragt er. „Weil ich weiss, dass sich Menschen um uns kümmern. Du denkst, du hast alles im Sturm verloren, aber dann wird dir klar, dass du gar nicht alles verloren hast. Du hast die Anteilnahme und den Zuspruch anderer Menschen.“

Zusätzlich zu ihren Hilfseinsätzen in den Vereinigten Staaten hilft die ELKA auch in Gegenden, die ausserhalb der Vereinigten Staaten von den Auswirkungen von Hurrikan Sandy betroffen sind. ELKA-Mitglieder helfen in der Karibik durch die ELKA-Katastrophenhilfe bei der Grundversorgung mit Nahrungsmitteln, Wasser und Unterkunft.

Die ELKA ist die einzige LWB-Mitgliedskirche in den USA. Sie hat 4,2 Millionen Mitglieder in fast 10.000 Gemeinden in den 50 US-Bundesstaaten und in der Karibik.

(Von ELCA News)

LWB bietet nach Amoklauf an Schule in Connecticut Unterstützung durch Gebete

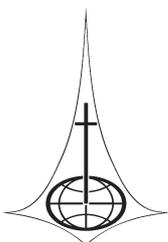
Der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Pfr. Martin Junge, schliesst die Familien, Gemeinden und Menschen in den USA, die von der tragischen Schiesserei am 14. Dezember in der Sandy Hook-Grundschule in Newtown, Connecticut, betroffen sind, in seine Gebete ein.

In einem Brief an den Leitenden Bischof Mark S. Hanson von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA) schreibt Junge: „Die schockierende Nachricht von der Schiesserei hat uns tief getroffen“. Ein Bewaffneter hatte 20 SchülerInnen und sechs Erwachsene erschossen, bevor er sich selbst tötete. Der Amoklauf habe in der liturgischen Zeit stattgefunden, in

der sich die Christen und Christinnen rund um die Welt „im Gebet auf Gottes Ankunft auf der Welt durch Jesus Christus vorbereiten“, so Junge.

Die lutherische Gemeinschaft bete dafür, so der Generalsekretär, „dass Gott als Friedensfürst in die schmerzenden und verzweifelten Herzen all derer finden möge, die unter dem Verlust wehrloser Leben in Newtown leiden und um sie trauern. Möge Gottes Gegenwart zum Beginn eines mächtigen Wandlungsprozesses in dieser schwierigen Zeit werden.“

„Möge Gottes Geist der Kirche für ihr Zeugnis in dieser schwierigen Zeit Kraft geben“, fügte er hinzu.





„Sunčani Most“ bringt Kinder zusammen

Inklusiver Kindergarten gewinnt Preis

Der integrative Kindergarten „Sunčani Most“ in Mostar (Bosnien-Herzegowina) wurde beim diesjährigen Reformationsempfang der Evangelischen Kirchen am 30. Oktober in Wien mit dem Diakoniepreis 2012 ausgezeichnet. Der Kindergarten, ein Projekt des Diakoniewerkes Gallneukirchen, bemüht sich seit zehn Jahren

um Toleranz zwischen Menschen unterschiedlicher Konfessionen und ethnischer Zugehörigkeit. Gleichzeitig ermöglicht er ein selbstverständliches Miteinander von behinderten und nichtbehinderten Kindern. So hilft er beiden Gruppen dabei, die Bedürfnisse und Besonderheiten des Anderen zu respektieren.

„Sunčani Most“ bedeutet „Sonnenscheinbrücke“. Der Kindergarten in zentraler Lage in Mostar gilt als Erfolgsmodell für die Integration von Kindern mit Beeinträchtigung sowie von Kindern verschiedener Volksgruppen. 450 Kinder haben ihn in den vergangenen zehn Jahren besucht. Zu den Leistungen des Kindergartens zählen neben der Betreuung durch die ebenfalls aus verschiedenen Volksgruppen kommenden Kindergarten-Pädagoginnen auch die regelmäßige Begleitung durch eine Logopädin und eine Ergotherapeutin. Einzigartig ist auch das Angebot computerunterstützter Kommunikation für alle Kinder, das 2008 mit Hilfe von LIFEtool Linz installiert wurde.

„Wir unterstützen dieses Projekt, weil es so viel Hoffnung in sich trägt, da es auch die Eltern und Großelterngeneration anspricht“, sag-

te Antje Piller von der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, die den mit 10.000 Euro dotierten Preis gestiftet hat. „Hier zeigt sich, wie wir evangelische Christen in der Liebe tätig werden können. Das Projekt zeichnet sich dadurch aus, dass - wie es in der Diakonie üblich ist - hoch qualifizierte Leute hauptberuflich sowie ehrenamtliche MitarbeiterInnen zusammen tätig sind“, so der Präsident der General-synode Peter Krömer. Dankbar zeigte sich die Rektorin des Diakoniewerkes Gallneukirchen, Pfarrerin Christa Schrauf. Sie freue sich, den Diakoniepreis mit nach Oberösterreich nehmen zu können.

Nach wie vor ist Bosnien-Herzegowina ein vom Krieg gezeichnetes Land. So ist etwa das Bildungswesen immer noch in kroatische und bosnische Schulen getrennt. Ein von einer evangelischen Einrichtung getragener Kindergarten trägt damit wesentlich zur Versöhnung der im Krieg verfeindeten Volksgruppen bei, heißt es in der Projektbeschreibung. Dazu kommt, dass das Projekt in die Sozialstrukturen vor Ort eingebettet ist und Kontakt hält zu den kirchlichen und öffentlichen Partnern vor Ort. Religiöse Feste werden im Kindergarten regelmäßig gefeiert, es gibt eine Homepage sowie einen Auftritt bei Facebook.

Die langen Anmelde- und Wartelisten zeigen, wie groß das Interesse am Kindergarten ist. Ohne die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen wäre ein Betreiben von „Sunčani Most“ nicht möglich. Immer wieder kommen auch Ehrenamtliche aus Österreich, die ihre schulischen beziehungsweise universitären Praktika unentgeltlich im Kindergarten ableisten. Neben diesem personellen ehrenamtlichen Engagement gibt es aber auch zahlreiche ehrenamtlich organisierte Sachspenden.

epdÖ



Bild: epd/Uschmann

Bei der Preisverleihung: die Direktorin des Diakoniewerkes, Christa Schrauf (Mitte), der Synodenpräsident Peter Krömer (rechts) und Antje Piller (links) von der Raiffeisenlandesbank, die den Preis gestiftet hat.

LWB-Delegation bei UN-Klimakonferenz in Doha

„Kein Fortschritt, sondern Ergebnis wirtschaftlicher

Nur aus Jugendlichen bestand die Delegation des LWB bei der UN-Klimakonferenz im November in Doha. Neun Jugendliche zwischen 21 und 29 Jahren nahmen an der Konferenz teil, vertraten ihre Positionen und beobachteten das Geschehen. Chris Böer, aus der Landeskirche Schaumburg-Lippe und Jugendbeauftragter des Deutschen Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB), war einer von ihnen.

Herr Böer, wie bewerten Sie das Ergebnis der Klimakonferenz in Doha?

Das Ergebnis der Konferenz ist ernüchternd und spiegelt die Realität in Punkto unterschiedlicher Sichtweisen und Kalküle wieder. Insgesamt wird unter der Staatengemeinschaft zwar nicht grundlegend daran gezweifelt, dass es eine Veränderung im Klima gibt und dass das Folgen für uns alle bedeutet. Nur die Bereitschaft zur Verringerung der Ursachen des Klimawandels und zur Minderung der Auswirkungen ist verschieden stark ausgeprägt.

Wie hat sich das ausgewirkt?

Die Länder haben ihre eigenen Positionen nacheinander vorgetragen und anschließend nur wiederholt, ohne dabei eine Aussage zu treffen oder in der Diskussion darauf zu stoßen, was sie denn tun müssen, um etwas zu verändern. Man konnte fast den Eindruck gewinnen, wer zuerst zuckt – oder besser, einen Vorschlag macht – hat verloren. Denn am Ende will kein Land mit seinen Klimazielen alleine dastehen. Denn die Staatengemeinschaft, die in Doha über eine gemeinsame Klimapolitik beraten hat, steht auch im Wettbewerb zueinander. Nationale, vor allem wirtschaftliche und teilweise auch konkurrierende politische Interessen der Länder führen zu dieser abwartenden Haltung.

Wie könnte man das überwinden?

Es braucht ein „all in“, ein Mitmachen aller. Doch dazu müsste einer anfangen und der läuft Gefahr, dass die anderen nicht mitmachen und sich auf dessen Kosten wirtschaftlich verbessern. Doch am Ende verlieren wir alle, die einen mehr, die ändern weniger – je nachdem wo auf der Erde man sich befindet und wie reich

man ist, um die Kosten der Anpassung zu tragen. Darum ist das Ergebnis in meinen Augen kein Ergebnis des Fortschritts gegen den Klimawandel, sondern das Ergebnis wirtschaftlicher Dominanz und politischer Machtspiele über die menschliche Vernunft.

Aber immerhin wurde das Kyoto-Abkommen verlängert. Kein Erfolg?

Dem neuen Kyoto-Abkommen haben sich nur 37 Staaten angeschlossen. Neben den EU-Staaten und einigen weiteren europäischen Ländern ist dies sonst nur Australien. Diese Länder kommen zusammen auf ca. 15% der weltweiten CO₂-Emissionen. Die EU hat ihr im ersten Abkommen vereinbartes Ziel einer Reduktion von 20% bis 2020 bereits längst erreicht, jedoch keine konkreten weiteren Zusagen gemacht. Entscheidende Länder wie Kanada oder Japan sind aus dem Protokoll ausgetreten und die USA und China waren noch nie beigetreten.

Was hätte geschehen sollen?

Eine Erhöhung der EU-Reduktionsziele hätte möglicherweise in Doha noch als Signalwirkung gelten und weitere Länder zur Unterzeichnung bewegen können. Doch der Widerstand Polens war hier größer als die Verhandlungsstärke oder der Verhandlungswillen der übrigen EU-Länder. Immerhin bis 2014 könnten weitere Zusagen zur Minderung erfolgen.

Die Delegation des LWB in Doha bestand ausschließlich aus Jugendlichen. Wieso?

Der LWB wollte sich in Doha zum Thema Klima gerne von denjenigen vertreten lassen, die in der Zukunft am meisten davon betroffen sein werden. Seit der letzten Vollversammlung des LWB 2010 in Stuttgart ist das Thema Nachhaltigkeit eines der Punkte, den der LWB stärker in den Fokus seiner Arbeit stellt. Insbesondere die Jugendlichen des LWB sind es damals gewesen, die diese Thema aufgegriffen, aufgearbeitet und in die Debatten eingebracht haben. Das Gemeinschaftsbüro des LWB in Genf ging mit der Auswahl einer eigenen, rein aus Jugendlichen bestehenden Delegation einen neuen Weg, auf den es meiner Meinung nach stolz sein kann. Insbesondere im Vergleich zu den Jugendlichen, die direkt über die



Bild: LWB/Raquel Kleber

Dominanz über menschliche Vernunft“

UN in die Klimakonferenz eingebunden sind, ist die weltweite Arbeit der Jugendlichen im LWB professioneller, zielgerichteter und effektiver, besonders weil sie auf den lutherischen Grundwerten aufbaut.

Wie haben Sie sich zwischen den Diplomaten aus der ganzen Welt gefühlt?

Es war schon etwas Besonderes, dabei zu sein und in den riesigen Hallen und im Plenarsaal zu sitzen. Allerdings war die Komplexität und inhaltliche Vielschichtigkeit einer solchen globalen Konferenz für einen ungeübten Teilnehmer wie mich anfangs etwas gewöhnungsbedürftig. Höhepunkt war sicherlich ein Briefing mit Bundesumweltminister Altmaier, der zum Ende der Konferenz die Nicht-Regierungsorganisationen über den Verlauf der Konferenz informierte.

Wie haben Sie sich auf der Konferenz eingebracht?

Die Gespräche, in denen den deutschen Delegationsteilnehmern die Positionen der Umweltorganisationen und Kirchen deutlich gemacht worden sind, haben bereits vor der Konferenz in Doha ging es in erster Linie darum daran zu erinnern. Daher war ein eigenes Einbringen nur im Rahmen der Nebenveranstaltungen (Side Events) möglich. Diese, größtenteils sehr interessanten Veranstaltungen boten vielfältige Hintergrundinformationen und Anregungen unterschiedlicher Art in Bezug auf Auswirkungen von Klimawandel.

Was hätten Sie sich von Deutschland in Doha erhofft?

Von Deutschland hätte ich mir eine deutlich stärkere Rolle als Verhandlungsführer erhofft. Insbesondere als es zu der vehementen ablehnenden Haltung Polens zu der Erhöhung der Reduktionsziele der EU kam, hätte Deutschland – hätte Bundeskanzlerin Angela Merkel – ihren Amtskollegen sehr deutlich machen müssen, worum es bei diesem Thema eigentlich geht. Die Äußerungen, es bedürfe für eine Erhöhung der Ziele erst einen EU-Gipfel, halte ich für eine Ausrede. Wenn man gewollt hätte, wenn man ein Zeichen hätte setzen wollen, wäre das auch ohne Gipfel gegangen.

Wie werden Sie an den Ergebnissen der Konferenz weiterarbeiten?

So viele Ergebnisse hat die Konferenz ja nicht erbracht. Darum sollte man eher fragen, wie an dem, was sie hat liegengelassen, weitergearbeitet werden kann. Themen, die nach wie vor ungelöst sind, müssen von den Gesellschaften unterschiedlicher Länder eingefordert werden. Dazu braucht es die Kirche. Wir können als Lutheraner in unseren Kirchen den Klimawandel thematisieren, die Probleme aufzeigen und dazu beitragen, dass der Druck auf die Regierungen wächst, endlich mit großen Schritten etwas zu verändern.



Bild: LWB/Sidney Traynham

Auch im Jugendausschuss des DNK/LWB haben Sie zu diesem Thema gearbeitet. Mit welchen Ergebnissen?

Ich glaube, wir haben einerseits den Mitgliedskirchen des DNK/LWB die Bedeutung des Themas noch einmal verdeutlicht. Andererseits haben wir als DNK/LWB klimafreundliche Beschlüsse gefasst. Z. B. werden für Reisen nun CO₂-Kompensationen geleistet und es wird versucht, in Häusern zu tagen, die nachhaltige Standards einhalten. Das alles geht auf die Vorarbeit des Jugendausschusses zurück.

Das Interview führte Florian Hübner

Die Delegation des LWB in Doha. Von links nach rechts: Nahun Stürtz, Jeff Buhse, Tsiry Rakoto, Chris Böer, Iwona Baraniec, Leif Christian Andersen, Anila Ravisamson und Warime Gutu. Nicht im Bild: Raquel Kleber.



Bild: EKM/Gerhard Seifert

Bischofin Junkermann gibt eine Suppenportion aus

Mitteldeutschland: Suppenportion, die zwei Menschen satt macht

Mit dem Verteilen von Suppenportionen auf dem Erfurter Fischmarkt hat die mitteldeutsche Bischöfin Ilse Junkermann im November die diesjährige Herbststraßensammlung der Diakonie für bedürftige Menschen unterstützt. Gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden des evangelischen Wohlfahrtsverbandes in Thüringen und Sachsen-Anhalt, Oberkirchenrat Eberhard Grüneberg, und Sozialministerin Heike Taubert (SPD) verteilte sie die Portionen an Passanten und Mitglieder der Landes-synode, die zeitgleich in der Thüringer Landeshauptstadt tagt.

An der Aktion unter dem Motto «Einmal

Essen macht zweimal satt» beteiligten sich bis 28. November in Thüringen und Sachsen-Anhalt etwa 8.000 Helfer. Die Suppenportionen wurden jeweils für zwei Euro pro Teller abgegeben. Die Passanten wurden gebeten, den gleichen Betrag als Spende in eine Sammelbüchse zu geben. Damit werde symbolisiert, dass an diesem Tag auch ein von Armut Betroffener satt wird, hieß es. Vom Ertrag der Straßensammlung sollen vor allem bedürftige Familien und Alleinerziehende sowie Initiativen zur Bekämpfung von Kinderarmut unterstützt werden.

epd

Usbekistan: Multireligiöse Konferenz zu Toleranz



Die Vertreter religiöser Organisationen und Kirchen mit dem Metropoliten der Russischen Orthodoxen Kirche in der Mitte. Vierter von links ist der lutherische Bischof Kornelius Wiebe.

In Usbekistan führte das Komitee für Religiöse Angelegenheiten im November zusammen mit der Taschkenter Islamischen Universität eine wissenschaftlich-praktische Konferenz zum Thema »Religiöse Toleranz – Fakto-

ren ihrer Ausbreitung« durch. An ihr nahmen u. a. Vertreter der islamischen Organisation, der Russischen Orthodoxen Kirche, der Römisch-Katholischen Kirche und der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche teil. Als ein

Ergebnis soll der 16. November zukünftig als »Internationaler Tag der Toleranz« begangen werden.

In Usbekistan begehen die Gläubigen frei und ohne Einschränkung ihre religiösen Feste. Diese sind jedes Jahr entsprechend ihrer Bedeutung die Festzeiten Kurban und Ramadan für die Muslime, Ostern und Weihnachten für die Christen, Passa, Purim und Chanukka für die Juden. Darüber hinaus nehmen alle Religionen Anteil an den Festen und herausragenden Ereignissen ihrer Partner, z. B. als die Eparchie Taschkent und Usbekistan der Russischen Orthodoxen Kirche im Jahr 2012 ihr 140-jähriges Jubiläum beging.

Impressum

Herausgegeben vom Deutschen Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) im Auftrag des LWB

verantwortlicher Redakteur:

Florian Hübner (FH)
DNK/LWB
huebner@dnk-lwb.de
Tel.: +49 (0) 511/2796-437
Fax: +49 (0) 511/2796-182
www.dnk-lwb.de/lwi

Grafik & Layout:

Noémia Hopfenbach
www.hopfenbach.com

Druck:

Druckhaus Harms
Groß Oesingen

Bayern: Auch Facebook wichtige Ergänzung der Gemeinschaft

Der „Gefällt-mir-Knopf“ bei Facebook dürfe nicht schlecht geredet werden, sagte Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm im mittelfränkischen Neuendettelsau. In einem Vortrag an der kirchlichen Augustana-Hochschule verwies der Landesbischof darauf, dass die meisten Menschen heute einer Vielzahl von Gemeinschaften angehörten.

Er habe bei der Beschäftigung mit seiner eigenen Facebook-Seite gelernt, so Bedford-Strohm weiter, dass auch der „Gefällt-mir-Knopf“ als „schwächste Form von Beziehung“ eine wichtige Ergänzung anderer Formen von Gemeinschaft darstelle: „Ich jedenfalls freue mich immer, wenn Leute ‚Gefällt mir‘ anklicken, und ich bekomme das mit. Und wenn ich mit an-

deren Menschen über elektronische Medien Kontakt habe, dann ist das manchmal nur ein kurzes Zeichen, doch jeder weiß: der andere hat meine Worte gelesen und reagiert darauf.“

Der bayrische Landesbischof plädierte dafür, auch den Wert schwacher Beziehungen und Netzwerke nicht zu verkennen. Beides sei wichtig und solle nicht gegeneinander ausgespielt werden: die starken persönlichen Beziehungen ebenso wie die lockeren Bekanntschaften und Netzwerke. Die Kirche müsse ihre Angebote heute so ausrichten, dass sie die Botschaft des Evangeliums auch über moderne Netzwerkbeziehungen weitergebe, betonte der Landesbischof.

ELKB/FH

UNHCR-DIALOG ZU GLAUBEN UND DEN HERAUSFORDERUNGEN IM FLÜCHTLINGSSCHUTZ

12.-13. Dezember, Genf (Schweiz)

LWB spielt wichtige Rolle bei Flüchtlingsarbeit der UNO

UNHCR bringt Religionen und Staaten zusammen, um über das Thema Glaube und Flüchtlingsschutz zu sprechen

Genf (LWI) – Das langjährige Engagement des Lutherischen Weltbundes (LWB) für Vertriebene auf der ganzen Welt war Teil der Gespräche im Rahmen eines Dialogs mit Glaubensorganisationen zum Thema Flüchtlingshilfe, der vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) organisiert wurde.

LWB-Präsident Bischof Dr. Munib A. Younan und LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge waren unter den 400 Teilnehmenden des fünften Dialogs des UNHCR zu den Herausforderungen im Flüchtlingsschutz am 12. und 13. Dezember in Genf.

„Für die meisten Menschen, die entwurzelt wurden, gibt es nur wenige Dinge im Leben, die ihnen im Umgang mit Angst, Verlust, Trennung und Armut so helfen können wie ihr Glaube“, sagte der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, António Guterres, in seiner Eröffnungsrede.

Zum ersten Mal hatte der Hohe Flüchtlingskommissar einen Dialog zum Beitrag von Glaubensorganisa-

tionen in der Flüchtlingshilfe einberufen. Anwesend waren VertreterInnen der christlichen, muslimischen, jüdischen und buddhistischen Glaubensgemeinschaften sowie staatlicher und gemeinnütziger Organisationen.

„Als säkulare Organisation für Flüchtlingshilfe darf das UNHCR Religion nicht ignorieren. Er muss den Glauben der Menschen, mit denen er arbeitet, respektieren und würdigen“, so Guterres.

Der Hohe Flüchtlingskommissar hatte im Vorfeld des Dialogs eine ausgewählte Gruppe von religiösen Führungspersonen zu einer nicht-öffentlichen Sitzung eingeladen.

Mit Blick auf diese Sitzung erklärte der LWB-Präsident: „Sie hat gezeigt, dass die verschiedenen Religionen viele Gemeinsamkeiten haben. Aber die Frage bleibt: Wie können diese Gemeinsamkeiten in konkrete Partnerschaften umgewandelt werden?“

Der LWB selbst ist der fünfgrößte Implementierungspartner des UNHCR und kümmert sich weltweit um 1,5 Millionen Flüchtlinge. Die

Arbeit des LWB habe ihre Wurzeln im biblischen und theologischen Auftrag, den „Fremden willkommen zu heissen“, erklärte Younan. Dieser Auftrag, den Fremden ungeachtet seines Glaubens willkommen zu heissen, wurde auch von den VertreterInnen der anderen Religionen bekräftigt.

In der nicht-öffentlichen Sitzung habe er den Wert der Diapraxis hervorgehoben, so Younan, den Dialog durch Dienst, in dem Frieden und gegenseitiges Verständnis über das praktische Engagement für das geistige und körperliche Wohl des Menschen geschaffen werden.

Das UNHCR verfolgt in seiner Arbeit grundsätzlich einen säkularen Ansatz und unterstützt keine religiösen Aktivitäten. Aus diesem Grund war der Dialog zwischen VertreterInnen religiöser Organisationen und VertreterInnen von Staat und der UNO von besonderer Bedeutung.

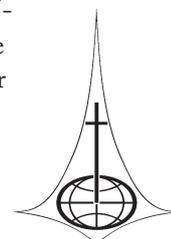
„Humanitäres Handeln ist grundsätzlich säkular. Wir können in der humanitären Hilfe zwar mit Glaubensorganisationen zusammenarbeiten, aber wir ziehen eine klare Grenze zwischen einer solchen Zusammenarbeit und der Unterstützung religiöser Aktivitäten durch das UNHCR“, erklärte der stellvertretende UN-Flüchtlingskommissar T. Alexander Aleinikoff.

„Ich denke, der Dialog hat diesen Annahmen widersprechen. Es wurde fast gesagt, dass säkulare humanitäre Hilfe parteiisch ist, weil der Glaube den Menschen so wichtig ist und man ihn daher nicht nicht berücksichtigen kann“, fügte er hinzu.

Auch VertreterInnen von UN-Mitgliedsstaaten lobten die Rolle von Glaubensorganisationen in der Flüchtlingshilfe.



LWB-Präsident Bischof Dr. Munib A. Younan (rechts) während seiner Rede im Rahmen des UNHCR-Dialogs mit VertreterInnen von Glaubensorganisationen. Links LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge. © LWB/Peter Williams



Gemeinschaften sorgen für Gastfreundschaft

Ein zentrales Thema des Dialogs war die Rolle der Glaubensorganisationen für die Gemeinschaften, die die Flüchtlinge in ihrer Mitte willkommen heissen, sowie die Bedeutung des Grundsatzes der Unparteilichkeit in der Flüchtlingsarbeit.

Auch wenn es die Staaten seien, die Asyl gewährten, betonte der UN-Flüchtlingskommissar, „können Glaubensorganisationen und lokale religiöse Einrichtungen doch dazu beitragen, dass Gemeinschaften geschaffen und gestärkt werden, die die Flüchtlinge und andere in den Zuständigkeitsbereich des UNHCR fallende Personen in ihrer Mitte aufnehmen“.

Solche Aufnahmegemeinschaften seien aber nur ein Teil der Lösung, so der LWB-Generalsekretär. „Nicht nur

in den Herzen und Köpfen der Menschen müssen wir Raum schaffen. Auch wenn es darum geht, den Flüchtlingen physischen Raum in unseren Gesellschaften zu bieten, spielen die Kirchen eine besondere Rolle. Wir müssen wissen, wie die Zusammenarbeit mit Mitgliedsstaaten und Regierungen konkret aussieht“, erklärte Junge.

Junge betonte insbesondere auch die Bekämpfung der Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen, und die Schwerpunktsetzung von Glaubensorganisationen auf Geschlechtergleichstellung.

Notwendigkeit religiöser Bildung

Ein weiteres grosses Thema war die Notwendigkeit „religiöser Bildung“, d.h. eines besseren Verständnisses

bestimmter Religionen sowie von Religion im Allgemeinen. Als Ko-Vorsitzender einer der Gesprächsrunden des Dialogs erklärte der LWB-Generalsekretär: „Wir müssen für ein besseres Verständnis der Religionen untereinander, dessen, was der ‚andere‘ ist, sorgen, aber auch darüber aufklären, was religiöse Bildung für alle in der Flüchtlingshilfe Engagierten bedeutet.“

Dies hob der Hohe Flüchtlingskommissar in seiner Abschlussrede hervor, in der er die Erarbeitung eines Leitfadens für religiöse Bildung einschliesslich einer Orientierungshilfe für die Schulung von UNHCR-MitarbeiterInnen als konkrete Folgemaassnahme des diesjährigen Dialogs ankündigte. „Das UNHCR sollte ein eigenes Programm zu religiöser Bildung ins Leben rufen“, schloss Guterres.

UN-Dialog zu Glauben und Flüchtlingsschutz führt zu konkreten Vorschlägen

„Manchmal liegt das Problem nicht in dem, was wir lehren, sondern in dem, was wir ignorieren“, sagte LWB-Präsident Bischof Dr. Munib A. Younan den Teilnehmenden des vom UNHCR einberufenen Dialogs zu den Herausforderungen im Flüchtlingsschutz, der unter dem Titel „Faith and Protection“ (Glaube und Flüchtlingsschutz) stand.

Younan, der auch Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land ist, führte Jerusalem als Beispiel an, wo sich VertreterInnen muslimischen, christlichen und jüdischen Glaubens zusammengenommen haben, um zu beobachten, was über die jeweiligen Glaubensgemeinschaften gelehrt wird. Diese Initiative habe sich als grosser Erfolg zur Verbesserung eines gemeinsamen Verständnisses und der gegenseitigen Aufklärung erwiesen, erklärte er.

Younan nannte das Beispiel eine mögliche Inspirationsquelle für den UNHCR-Dialog. „Es ist wichtig, dass die religiöse Führungspersonen einen Verhaltenskodex unterzeichnen und diesen lehren“, betonte der LWB-Präsident.

Der Vorschlag wurde vom Ko-Vorsitzenden der Gesprächsrunde, Rabbi Joseph Telushkin, begrüsst und zur Prüfung an das Plenum weiterge-



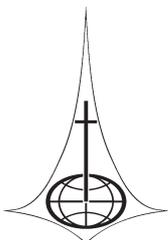
Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) António Guterres (li.), LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge (Mi.) und LWB-Präsident Bischof Dr. Munib A. Younan (re.) während des Dialogs zu Glauben und Flüchtlingsschutz. © LWB/Peter Williams

leitet. Wenn ein Verhaltenskodex „ein Dokument des gegenseitigen Respekts ist, hat es das Potenzial, Veränderungen zu bewirken“, erklärte der Rabbi.

Younan sagte, er sehe einen Verhaltenskodex als Teil des Beitrags von Glaubensorganisationen zur „Stärkung der Aufnahmegemeinschaften“ – ein Begriff, den der Hohe Flüchtlingskommissar in seiner Eröffnungsrede eingeführt hatte.

In seinen abschliessenden Worten zum Dialog fasste der Hohe Flüchtlingskommissar António Guterres die konkreten Vorschläge der diesjährigen

Tagung, zu denen unter anderem die Erarbeitung eines gemeinsamen Verhaltenskodexes für religiöse Führungspersonen gehört, noch einmal zusammen. Er schlug vor, dass der LWB und andere Organisationen, die an der Vorbereitung der diesjährigen Tagung beteiligt waren, die Erarbeitung eines ersten Entwurfs für einen solchen Verhaltenskodex koordinieren sollen, der dann VertreterInnen der verschiedenen Religionen vorgelegt und der Jahrestagung des UNHCR mit Nichtregierungsorganisationen 2013 vorgestellt werden soll.



Erster trilateraler ökumenischer Dialog nimmt Gespräche über die Taufe auf

Lutherische, mennonitische und katholische DialogpartnerInnen tagen in Rom

Rom (Italien)/Genf (LWI) – Vom 10. bis 14. Dezember fand in Rom erstmalig ein internationaler trilateraler Dialog unter katholischer, lutherischer und mennonitischer Beteiligung statt. Mit ihm begannen auf fünf Jahre ausgelegte Gespräche über die Taufe.

Die Eröffnungstagung unter Beteiligung des Lutherischen Weltbundes (LWB), des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen und der Mennonitischen Weltkonferenz (MWK) bearbeitete das Thema: „Die Taufe und Eingliederung in den Leib Christi, die Kirche“. Gastgeber der Veranstaltung war der päpstliche Einheitsrat.

Der Trilateralen lutherisch/römisch-katholisch/mennonitischen Dialogkommission gehören je fünf Mitglieder der drei weltweiten christlichen Gemeinschaften an, die jeweils auch Mitarbeitende als SekretärInnen entsenden.

Die Taufe gilt allgemein als das Thema der ökumenischen Theologie, in dem erhebliche Übereinstimmung zwischen den grossen christlichen Traditionen besteht. Allerdings bleibt die Schwerpunktsetzung bei der Kinder- oder aber Erwachsenentaufe für jene Konfessionen, zwischen denen ein solcher Unterschied existiert, eine Herausforderung für die ökumenischen Beziehungen.

KatholikInnen und LutheranerInnen praktizieren die Kindertaufe, auf mennonitischer Seite ist seit dem 16. Jahrhundert die Erwachsenentaufe üblich.

Die bei der Tagung in Rom vorgelegten Fachbeiträge lieferten Hintergrundmaterial für den trilateralen Dialog, fassten Arbeiten vergangener Dialoge zum Thema zusammen und diskutierten Taufverständnis und -praxis. Die Gruppe kam überein, dass die vorgelegten Aufsätze für die Dauer des Prozesses ausschliesslich intern Verwendung finden sollen.

Die Gespräche fanden in einer vielversprechenden, enthusiastischen Stimmung statt, die sich zum einen aus dem anspruchsvollen aber zentralen



*Lutherische, katholische und mennonitische Teilnehmende der ersten Tagung des trilateralen Dialogs in Rom.
© Eleanor Miller*

Thema, vor allem aber aufgrund des neuen trilateralen Ansatzes erkläre, der auf internationaler Ebene erstmals zur Anwendung kommt, stellte Pfarrerin Dr. Kaisamari Hintikka, Assistierende LWB-Generalsekretärin für Ökumenische Beziehungen, fest.

Von lutherischer Seite bestehen langfristige bilaterale Gespräche sowohl mit der katholischen als auch der mennonitischen Tradition, dies ist jedoch das erste Mal, dass alle drei christlichen Traditionen gemeinsam einen offiziellen ökumenischen theologischen Dialog aufnehmen.

Die historischen Übereinkommen, die die lutherischen PartnerInnen mit der katholischen sowie der mennonitischen Seite getroffen haben, bieten eine stabile Grundlage dafür, den Dialog über die bilateral Mitunterzeichnenden hinaus auszuweiten. Im Jahr 1999 verabschiedeten der LWB und der Vatikan die Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre und setzten damit jahrhundertelangen Differenzen und Konflikten über das zentrale Thema der Rechtfertigung ein Ende. Bei der Elften LWB-Vollversammlung 2010 wiederum bat der LWB die mennonitische Tradition offiziell um Verge-

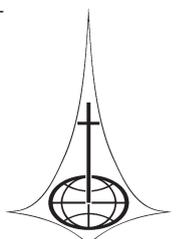
bung für vergangenes Fehlverhalten und die Verfolgung von TäuferInnen, die als die direkten VorläuferInnen der mennonitischen Tradition gelten.

Aufgrund ihrer grossen Bedeutung für das Wesen der Kirche wird die Taufe auch in den Gesprächen der Tagung der Lutherisch/römisch-katholischen Kommission für die Einheit 2014 zum Thema „Wachsen in Gemeinschaft“ behandelt werden.

Den gemeinsamen Vorsitz der Tagung in Rom hatten Erzbischof Luis Augusto Castro Quiroga (Kolumbien) für den Einheitsrat, Prof. Turid Karlson Seim (Norwegen) in Vertretung von Prof. Friederike Nüssel (Deutschland) für den LWB und Prof. Alfred Neufeld (Paraguay) für die MWK.

Kurt Kardinal Koch, Präsident des Einheitsrates, sowie dessen Sekretär, Erzbischof Brian Farrell, überbrachten den Tagungsteilnehmenden Grussworte.

Die trilaterale Kommission wird im Januar 2014 zu einer zweiten Gesprächsrunde zusammenkommen und sich mit dem Thema „Die Taufe: Gottes Gnade in Christus und die Sünde des Menschen“ auseinandersetzen. Als weitere Themen sind geplant: „Die Taufe: Gnade und Glauben weitergeben“ sowie „Die Taufe leben“.



LWB-Mitgliedskirchen aufgerufen, Verbindung zwischen Glauben und Geschlechtergerechtigkeit zu thematisieren



In Kolumbien stellt ein Mitglied der „Manos Tejedoras de Futuro“ (Webende Hände für die Zukunft) in einer kirchlichen Gruppe Handarbeiten her, um ihr Einkommen aufzubessern. Derartige Gruppen sind für Frauen durch die Vernetzung mit anderen eine Stütze und ein sicherer Ort, an dem sie sich über Erlebtes austauschen können. © Luis Eduardo Ramirez

Der Aktionsplan des Lutherischen Weltbundes (LWB) „Kirchen sagen ‚Nein‘ zur Gewalt gegen Frauen“ fordert die LWB-Mitgliedskirchen auf, Gewalt gegen Frauen als Sünde zu benennen und einzugestehen, dass solche Gewalt ausgeübt wird, selbst innerhalb von Kirchen.

Anlässlich des Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen der Vereinten Nationen am 25. November 2012 und der darauffolgenden „16 Tage des Aktivismus gegen Geschlechtergewalt“ berichtete die LWI über Initiativen von Mitgliedskirchen und Programmen der Abteilung für Weltdienst, mit denen Aufmerksamkeit auf dieses Thema gelenkt und Betroffenen geholfen werden soll, wieder ein Leben in Würde zu führen.

Die Artikel, von denen einige sich schwerpunktmässig mit dem Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember beschäftigten, unterstrichen auch die Bemühungen, Menschenrechtsverletzungen zu bekämpfen.

Fussball war ihr „Sonnenaufgang“

Bolivianische Kirche bietet sozial schwachen Familien alternative Existenzgrundlagen

Santa Cruz (Bolivien)/Genf (LWI) – Sonntage haben für Saturnina Flores und ihre Töchter eine neue Bedeutung. Morgens gehen sie in den Gottesdienst und nachmittags spielt die 27-jährige zweifache Mutter Fussball. Ihr Leben hat sich verändert.

Das Fussballspielen erinnert sie an ihre Jugend in La Paz, der Verwaltungshauptstadt Boliviens. Vor vielen Jahren spielte Flores Sonntags nachmittags mit ihrer Mannschaft „Nuevo Amanecer“ (Neuer Tagesanbruch) Fussball. In einem örtlichen Turnier gewannen sie den zweiten Platz und erhielten ein Lama als Preis.

Von „Nuevo Amanecer“ bis in die Lutherische Kirche „Glaube und Hoffnung“, eine Gemeinde der Evan-

gelisch-Lutherischen Kirche in Bolivien (IELB), die sich in den Slums der grössten Stadt des Landes, in Santa Cruz, befindet, war es ein langer Weg.

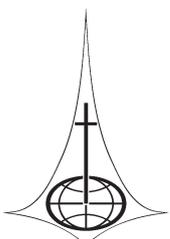
Früher arbeitete Flores als Näherin. Bis zu 300 Paar Jeans nähte sie pro Woche. Als sie diese Stelle 2011 verlor, fand sie Arbeit und Unterstützung in der IELB-Gemeinde. Jetzt arbeitet sie als Haushälterin und Hausmeisterin an der lutherischen Schule, um ihr monatliches Einkommen von 90 USD aus einem kleinen Restaurant aufzubessern.

Armut, Not und Gewalt

Flores, Mutter der zehnjährigen Reina und der sechsjährigen Michel, wurde in der Bergregion Illimani geboren.

Sie war die einzige Tochter in einem armen Haushalt mit sieben Kindern. Im Alter von fünf Jahren wurde sie bei einer wohlhabenden Familie in Pflege gegeben, doch dort wurde sie noch als Kind zur Hilfsarbeiterin. Sie fütterte Rinder und musste schwere Schläge und andere Formen des Missbrauchs durch ihre Pflegeeltern über sich ergehen lassen. Als ihre Eltern von ihrem Schicksal erfuhren, holten sie sie zurück nach Hause, schickten die damals Neunjährige dann aber nach La Paz, um dort für Nahrung zu arbeiten.

In der Stadt freundete sich Flores im Alter von 16 Jahren mit Ivan an. Als dieser später erfuhr, dass sie von ihm schwanger war, verliess er sie. Ihre Eltern, die enttäuscht waren, dass



ihre Tochter im Teenager-Alter und unverheiratet Mutter geworden war, verheirateten sie daraufhin mit einem 20 Jahre älteren Mann. In den zehn Jahren ihrer Ehe übte dieser körperliche und emotionale Gewalt auf sie aus. Flores hatte drei Fehlgeburten, bekam aber auch ihre zweite Tochter. Auch von ihrer Schwiegermutter wurde sie misshandelt, was die Situation noch schwieriger machte. Es wurde immer schlimmer und als ihr Mann versuchte, sie umzubringen, floh Flores nach Santa Cruz, wo sie schliesslich die Stelle als Näherin bekam.

Unterstützung für Familien mit sozialen Schwierigkeiten

„Die Kirche ist für meine Töchter und mich ein Segen“, sagt Flores. „Dank der Arbeit als Hausmeisterin kann ich die Miete für mein Haus bezahlen. Nur Gott weiss, was mit meinem Leben geschieht, und ich bin guter Hoffnung für die Zukunft.“

Die IELB-Gemeinde „Glaube und Hoffnung“ hat etwa 200 Mitglieder, die sich gegenseitig in schwierigen sozialen Situationen unterstützen. In den letzten Jahren zogen zahlreiche Familien auf der Suche nach einer besseren Existenzgrundlage in einen anderen Teil der Stadt und viele von ihnen können aufgrund der Entfernung nicht mehr in die Gemeinde kommen.

Zu der Gemeinde gehören hauptsächlich alleinerziehende Mütter mit

ihren Kindern. Unterstützung von der Kirchen erhalten die Mitglieder durch praktische Ausbildungen, dank derer sie dann ihr eigenes Geld verdienen zu können, zum Beispiel durch den Verkauf von Schmuck aus wiederverwertbaren Materialien. Ausserdem gibt es eine lutherische Grundschule und einen Kindergarten.

Die IELB-Gemeinde in Santa Cruz war im vergangenen September Gastgeberin einer Regionaltagung der Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes (LWB) aus Lateinamerika und der Karibik, auf der diskutiert wurde, wie man die Kirchen am besten für ihren Dienst ausstatten könne.

Juan Carlos Chuyma, Pfarrer der Lutherischen Kirche „Glaube und Hoffnung“, dankte dem LWB, nach Santa Cruz gekommen zu sein. „Gast-

geberin der Regionaltagung gewesen zu sein, hat für uns eine grosse Bedeutung. Es gibt uns die Gelegenheit, unsere Brüder und Schwestern über unseren Dienst hier zu informieren. Wir unterstützen immer mehr Familien und möchten die Bildungsangebote durch Computerunterricht, Bäckerei-Ausbildungen und Kurse im Rechnungswesen erweitern.“

Die IELB hat 22.000 Mitglieder in 105 Gemeinden, die von 26 ordinierten PfarrerInnen betreut werden. Die Kirche unterstützt Gemeindemitglieder wie beispielsweise Frauengruppen durch Projekte zur Existenzsicherung mittels Bildung, Wasserversorgung und Ernährungs-sicherheit.

(Von Edwin Mendivelso, Journalist aus Bogotá, Kolumbien)



Saturnina Flores, fussballbegeisterte Mutter von zwei Kinder hat in der Lutherische Kirchengemeinde Glaube und Hoffnung“ in Santa Cruz, Bolivien, Arbeit und Unterstützung gefunden. © LWB/Edwin Mendivelso

Ihr Ziel sind ahnungslose Jugendliche und arme Familien

Vom LWB unterstütztes Zentrum hilft Opfern des Menschenhandels in Bangladesch

Dinajpur (Bangladesch)/Genf (LWI) – Am 29. Januar 2010 gingen Ranjona und ihre Cousine Pinky zu der heiligen Stätte Majar Sharif in ihrem Dorf im Distrikt Dinajpur im Nordwesten von Bangladesch. Bevor sie wussten, wie ihnen geschieht, waren sie von Fremden umringt und wurden bewusstlos geschlagen.

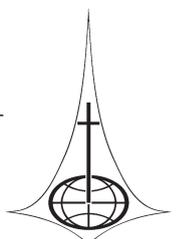
Als die Teenager ihr Bewusstsein wiedererlangten, stellten sie fest, dass

sie in einem fremden Haus von einem ihnen unbekanntem Ehepaar festgehalten wurden. In den folgenden Wochen wurden die jungen Frauen zur Prostitution gezwungen.

Kurze Zeit später erfuhr Ranjona, dass sie an eine andere Frau im nahe der Hauptstadt Dhaka gelegenen Faridpur-Distrikt verkauft werden sollte, wo die Arbeit als Zwangsprosti-

tuerte weiterging. Zuhause hatten ihr Vater, ein Gemüseverkäufer, und ihre Mutter, die Hausfrau ist, bei der Polizei das Verschwinden der beiden Mädchen angezeigt.

Geholfen wurde Ranjona schliesslich als sie einen Gemüseverkäufer, der sie durch das Fenster im Haus „ihrer Besitzerin“ bemerkt hatte, den Namen ihres Vaters gab. Die Polizei durch-



suchte das Haus und rettete sie. Auch Pinky wurde kurz darauf befreit und die TäterInnen verhaftet. Aber all dies geschah erst nachdem die Mädchen schon zwei Monate in Gefangenschaft sexuell ausgebeutet worden waren.

Rehabilitationszentrum für notleidende Frauen

Ranjonas Eltern hatten von dem Rehabilitationszentrum für notleidende Frauen gehört, das vom Rangpur Dinajpur Rural Services (RDRS), eine der ältesten und grössten Nichtregierungsorganisationen in Bangladesch und ein führender Akteur in der ländlichen Entwicklung, geleitet wird.

Der RDRS wurde 1971 vom Lutherischen Weltbund (LWB) als Länderprogramm seiner Abteilung für Weltdienst (AWD) ins Leben gerufen und ist heute ein assoziiertes Programm der AWD, das fortwährend gegen die Ursachen und Auswirkungen von Armut, Unwissenheit und Machtlosigkeit in Bangladesch kämpft und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Ermächtigung von Frauen legt.

Im RDRS-Rehabilitationszentrum in Rangpur wurden Ranjona und Pinky Beratungsgespräche, eine medizinische Grundversorgung, Rechtsberatung und Ausbildungskurse für praktische Fertigkeiten angeboten. Sie konnten so besser ausgebildet als vorher zu ihren Eltern zurückkehren, um ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Die jungen Mädchen sind nur zwei von Millionen Frauen und Männern, Jungen und Mädchen, die in Bangladesch, einem Land, in dem 160 Millionen Menschen leben, Opfer von Menschenhandel geworden sind. Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ist der Menschenhandel, einschliesslich des Handels mit Frauen und Kindern zu Zwecken sexueller Ausbeutung, in Bangladesch und der ganzen Region ein ernsthaftes Problem.

Die Wurzeln des Problems sind jedoch in einem grösseren Kontext zu suchen. Die durch die Armut bedingte legale Abwanderung der Menschen hat auch zu illegalen Aktivitäten geführt, durch die die armen und verwundbars-

ten Menschen bedroht sind. „Irreguläre Migration, informelle Kanäle für den Geldtransfer und Menschenhandel haben immer noch schwerwiegende Verletzungen der Rechte von MigrantInnen zur Folge und es wird eine steigende Zahl irregulärer MigrantInnen aus Bangladesch in den verschiedenen Zielländern erfasst“, stellt IOM fest.

Der RDRS erklärte, dass Kinder – sowohl Jungen wie auch Mädchen – in Bangladesch zu Zwecken der kommerziellen, sexuellen Ausbeutung, Zwangsbettelei und Zwangsarbeit Opfer von Menschenhandel werden. Frauen und Mädchen werden zur Zwangsprostitution innerhalb des Landes oder nach Indien verkauft.

„Ein grosser Teil der Opfer von Menschenhandel in Bangladesch sind Männer, die mit falschen Beschäftigungsangeboten zum Arbeiten im Ausland gelockt und dann mit Zwangsarbeit ausgebeutet werden“, so der RDRS.

Frauen und Kinder vor Menschenhandel bewahrt

Am 5. Oktober 2009 schöpften AnwohnerInnen in Bhaoalguri, einem Dorf im Kurigram-Distrikt im Nordwesten Bangladeschs, Verdacht, als sie fünf Frauen und sechs Kinder in ihrem Dorf umherirren sahen. Sie nahmen Kontakt zu einem ehrenamtlichen Rechtsberater des RDRS

auf, welcher herausfand, dass die Gruppe aus einem Dorf im Faridpur-Distrikt stammte und ein Mann, den sie bisher nicht kannten, ihnen Arbeit in Indien versprochen hatte.

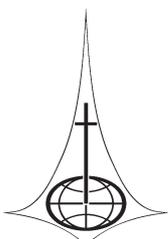
Nach Rücksprache mit Regierungs- und Polizeibeamten bestätigte der RDRS, dass der Mann, der die Arbeitsmöglichkeiten versprochen hatte, sie als Zwangsarbeiterinnen verkaufen wollte. Der Mann wurde verhaftet.

Menschenhandel ist in Bangladesch immer noch an der Tagesordnung, aber die Regierung ist bemüht, ihn zu unterbinden und die TäterInnen zu bestrafen. Ein 2011 beschlossenes Gesetz macht den Menschenhandel zu einer Straftat und legt fest, dass der unter Strafe gestellte Menschenhandel nicht mehr nur Prostitution und sexuelle Ausbeutung umfasst, sondern auch den internen Menschenhandel. Das Strafmass für TäterInnen reicht von mehreren Jahren bis hin zu lebenslänglicher Haft.

Der RDRS engagiert sich weiterhin gegen die Ursachen und Auswirkungen von Armut, Unwissenheit und Machtlosigkeit im Land. Ihre Entwicklungsprogramme erreichen mehr als 2,2 Millionen Menschen (400.000 Haushalte) in fast 17.000 Gruppen und 360 Vereinigungen, die hauptsächlich im nördlichen, verarmten Bangladesch, insbesondere in der Region Rangpur leben.



Mädchen und Frauen, die Opfer von MenschenhändlerInnen oder anderen Formen von Gewalt geworden sind und befreit wurden, lernen im RDRS-Rehabilitationszentrum in Rangpur im Nordwesten Bangladeschs handwerkliche Fertigkeiten wie Nähen und Sticken. © RDRS-Bangladesch



Die Vereinigungen sind zu einer effektiven lokalen Plattform geworden, durch die marginalisierte Menschen als positive Kraft mobi-

lisiert werden können. Das RDRS-Programm für Frauenrechte will Diskriminierung und geschlechtsspezifische Gewalt vermindern, die

auch für den LWB wichtige Anliegen sind.

(Von Sabrina Sharmin, Kommunikationsbeauftragte des RDRS.)

Rechte und Würde junger Mädchen wahren

Kenianisches Kirchenprojekt sagt „Nein“ zu weiblicher Genitalverstümmelung

Kapenguria (West Pokot/Kenia)/Genf (LWI) – Sieben Tage lang rannte sie durch den Busch, kletterte auf Bäume, um Tieren zu entkommen, lebte von wild wachsenden Beeren und dem wenigen Wasser, das sie finden konnte. Ihre Füße waren geschwollen und mit Blasen übersät.

Das junge Mädchen fand schließlich Hilfe in einer Zufluchtsstätte für Mädchen und Frauen, die vor FGM fliehen mussten. Später kehrte sie zu ihrer Familie zurück, die sie nicht zur Ehe zwang.

Aber nicht alle haben so viel Glück. Obwohl die Zahlen dank

Die Sorge über diese immer noch weitverbreitete Praxis brachte Frauengruppen innerhalb der ELKK dazu, das Projekt „Sag ‚Nein‘ zu weiblicher Genitalverstümmelung“ ins Leben zu rufen, das von der Abteilung für Mission und Entwicklung (AME) des Lutherischen Weltbundes (LWB) unterstützt wird.

Es ist mit dem LWB-Referat Frauen in Kirche und Gesellschaft (FKG) verbunden, in dessen Rahmen sich Initiativen für die Verminderung von Gewalt gegen Frauen und die Schaffung besserer Verhältnisse zwischen den Geschlechtern innerhalb der LWB-Mitgliedskirchen und in der Gesellschaft einsetzen.

Das Projekt soll das Bewusstsein der Pokot im Nordwesten Kenias für die Probleme stärken. Die Pokot sind eine der ländlichen Gemeinschaften, in denen die weibliche Genitalverstümmelung noch verbreitet praktiziert wird. 80 Prozent der Frauen und Mädchen ab 10 Jahre mussten den Brauch über sich ergehen lassen, der auch als „weiblicher Schnitt“ bezeichnet wird.

Das Projekt „Sag ‚Nein‘“ fördert ein Umfeld, in dem die Würde der jungen Mädchen gewahrt bleibt. Seit es 2008 ins Leben gerufen wurde, wurden 25 AusbilderInnen im Projekt ausgebildet, 125 AktivistInnen vor Ort mobilisiert und mehr als 15.000 Menschen durch Aufklärungskampagnen erreicht.

Das Projekt kümmert sich ausserdem um fünf Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren, die aus ihren Familien geflüchtet sind, um der weiblichen Genitalverstümmelung zu entkommen. Es werden zum Beispiel die Internatsschulgebühren für die Mädchen übernommen, während sich Familien von PfarrerInnen

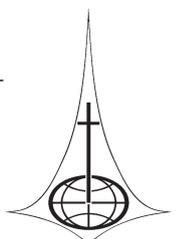


Judith Nyaata, Koordinatorin des ELKK-Projektes „Sag ‚Nein‘“, leitet eine Ausbildungseinheit in Mt. Elgon (Kenia). © LWB/J. Brümmer

Nachdem sie die schmerzhafteste, gefährliche und illegale weibliche Genitalverstümmelung (FGM, Englisch: „female genital mutilation“) oder Beschneidung von Frauen über sich ergehen lassen musste, zu der ihre Eltern sie gezwungen hatten, war sie nun entschlossen, der Zwangsheirat mit einem alten Mann und einem Leben ohne Zukunft zu entkommen.

Wenn Regina Njeri, Lehrerin und Leiterin in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kenia (ELKK) diese Geschichte von einer ihrer Schülerinnen erzählt, klagt sie: „Ich habe von so vielen Mädchen gehört [die flüchten mussten].“

Advocacy und Regierungspolitik zurückgehen, wird FGM in einigen Gemeinschaften in Kenia immer noch praktiziert und es sind gegenwärtig etwa 25 Prozent der weiblichen Bevölkerung betroffen. Schätzungen gehen davon aus, dass von den 140 Millionen Mädchen und Frauen, die weltweit mit den Folgen von FGM leben müssen, die meisten in Afrika leben. In Gemeinschaften, die die weibliche Beschneidung praktizieren, gilt sie als wichtiger Teil der kulturellen Riten, die den Übergang eines Mädchens vom Kind zur Frau begleiten.



und andere kirchliche Mitarbeitende ehrenamtlich um sie kümmern.

Entwicklung und Frauenbildung hängen zusammen

Die Gemeinschaften verlieren Kinder durch die unnötige weibliche Beschneidung, betont Njeri. „Wenn junge Mädchen zur weiblichen Beschneidung gezwungen werden, werden sie verheiratet und ihre Ausbildung endet; viele Frauen bleiben Analphabetinnen und können bei der Entwicklung ihrer Gemeinschaften nicht mitarbeiten“, sagt sie.



Hellen Christopher, Diakonin der Nordwestlichen Diözese der ELKK, ist eine der führenden Aktivistinnen, die in dem LWB-Projekt ausgebildet wurden. © LWB/J. Brümmer

Als Christin sehe sie keine Gründe für FGM. Unwissenheit über die Themen rund um diese Praxis sei die grösste Herausforderung, der nur durch Ausbildung begegnet werden könne. Wenn die Eltern gebildet sind, gingen ihre Kinder zur Schule, so Njeri.

Hellen Christopher, Diakonin in der Nordwestlichen Diözese der ELKK, betont, dass Ausbildung und Beschäftigung von Frauen in der Region von der Beendigung dieser Praxis abhingen. Wenn junge Mädchen, die den „weiblichen Schnitt“ erleiden mussten, verheiratet werden, gehen die Arbeitsstellen an Männer, erklärt sie.

Christopher spricht auch über die schweren gesundheitlichen Risiken,

die mit der Beschneidung von Frauen einhergehen. Sie hat viele beschnittene Mütter gesehen, die Infektionen durch unsterile Messer bekamen, während Kinder durch die Auswirkungen auf die schwangeren Mütter mit Hirnschäden geboren wurden.

Auch sie selbst hat grosse Schmerzen durch die Beschneidung und später bei der Geburt ihrer Kinder erleiden müssen, erklärt sie und ist fest entschlossen ist, junge Mädchen und Frauen von diesem gefährlichen Weg abzuhalten.

Die ELKK-Mitarbeiterin klärt Frauen und Mädchen in der Kirche über die negativen Seiten der weib-

lichen Beschneidung auf, damit sie diese Informationen in Familien und Schulen weitergeben. Sie bemerkt bereits ermutigende Ergebnisse. „Es kommen schon Jungen und sagen, dass sie nie ein Mädchen heiraten werden, das beschnitten wurde“, sagt sie.

Jeremiah Lokwangir, Vizepräsident im Verwaltungsbezirk Chepareria und Mitglied der ELKK erklärt, dass die kulturelle Praxis „das Leben der Frauen erstickt“, weil sie jede Möglichkeit zur beruflichen Entwicklung verhindert. Die Praxis sei aufgrund des Glaubens, den Wert der Frau zu steigern, in der Region weit verbreitet. „[Hier] gibt es keine

einzigste Frau, die promoviert oder gar Professor werden kann.“

Als örtlicher Regierungsvertreter sei er sehr besorgt über die gesundheitlichen Komplikationen und die Sterblichkeitsraten in Zusammenhang mit der Praxis. „Die weibliche Genitalverstümmelung führt auch zur Ausbreitung von Krankheiten und kann zum Tode führen. Es sind sehr viele Frauen gestorben“, so Lokwangir.

Vorbilder in der Gemeinschaft

Judith Nyaata, Koordinatorin des Projekts „Sag,Nein“ erklärt, Ziel sei es, so viele Menschen wie möglich über die Gefahren der weiblichen Beschneidung aufzuklären. „Einige Menschen kennen ihre Rechte nicht, besonders Frauen und Kinder.“

Sie erklärt, der Erfolg messe sich an der Zahl der Mädchen, die in der Schule bleiben, so dass es dauere, bis der Erfolg sichtbar wird. Bis dahin würden Frauen, die nicht beschnitten sind und somit Vorbilder sein können, in der Gesellschaft Führungsaufgaben übernehmen.

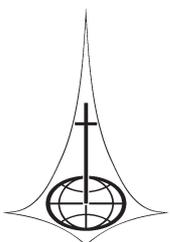
Kirchenmitarbeiterinnen beraten Mädchen, damit sie in der Schule bleiben. „Das wird einen nachhaltigen Einfluss auf diese Mädchen haben, denn dann gibt es Hoffnung auf eine Arbeitsstelle“, fügt Nyaata hinzu.

ELKK-Generalsekretär Pfr. John Halakhe, erklärt, die Kirche kämpfe gegen FGM, da sie den Mädchen das Recht verweigere, das Beste zu bekommen, was die Gesellschaft ihnen bieten könne.

Es ist nicht richtig, schliesst er, ein junges Mädchen „zur Heirat zu zwingen und ihr die Möglichkeit zu verweigern, wie jeder andere Mensch auf dieser Welt zu lernen.“

Die ELKK ist eine der beiden LWB-Mitgliedskirchen in Kenia. Sie hat 100.000 Mitglieder und ist in vier Diözesen organisiert.

(Julia Brümmer, LWB/AME-Programmassistentin führte die Interviews für dieses Feature während eines Besuchs in West Pokot, Kenia.)



Ein unerbittlicher Kampf für Gerechtigkeit, nachdem der Sohn „verschwand“

LWB unterstützt Opfer des bewaffneten Konflikts in Guatemala

Genf (LWI) – Von dem Moment an, als Geheimagenten den 22-jährigen Oscar 1984 aus der Feuerwache in Guatemala-Stadt entführten, wo dieser damals arbeitete, ist seine Mutter Blanca Rosa Quiroa de Hernández verzweifelt, weil sie nicht weiss, was mit ihm geschehen ist.

Aus Monaten des Schmerzes und der Qualen wurden Jahre, die an ihr zehrten bis sie gemeinsam mit anderen Müttern und Familienangehörigen die „Vereinigung der Familien von Verhafteten und Verschwundenen Guatemalas“ (FAMDEGUA) gründete.

Quiroa ist eine zierliche 68-jährige Frau. Ihr Gewicht sei auf 39 Kilo gesunken, seit ihr Sohn verschwunden ist, berichtet sie. Nach all den Jahren der vergeblichen Suche nach Oscar in Leichenhallen, Gefängnissen, Krankenhäusern und auf städtischen Mülldeponien ist ihr das Leid ins Gesicht geschrieben.

Ihre Stimme jedoch klingt kraftvoll. Ohne FAMDEGUA hätte sie nicht überlebt, sagt sie. „Als Frau und als Mutter habe ich die Pflicht, zu kämpfen, denn ich war erst 16, als er geboren wurde. Er war wie mein Bruder, mein Sohn, mein Freund, mein erster Sohn. Wäre ich nicht so



Blanca Rosa Quiroa de Hernández spricht während der vom LWB mitveranstalteten Podiumsdiskussion bei der UNO in Genf. © LWB/T. Rakoto

beschäftigt mit diesem Kampf, hätte ich das nicht überlebt.“

„Einen Tag nachdem ich [Oscars Verschwinden] der Polizei gemeldet hab, sprach ich mit anderen Feuerwehrmännern. Sie haben mir bestätigt, dass zwölf Männer in Zivil von der G2-Geheimdienst Einheit der Streitkräfte Oscar verprügelt und mitgenommen haben. In drei Fahrzeugen seien sie davongeraus.“

Spurlos verschwunden

Laut MenschenrechtlerInnen sind in Guatemala in den letzten 40 Jahren mehr Menschen nach gewaltsamen Entführungen verschwunden als in jedem anderen lateinamerikanischen Land. Das Land hat eine Bevölkerung von rund zehn Millionen Menschen. 45.000 sind in den letzten 40 Jahren verschwunden.

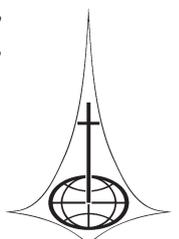
Quiroa glaubt, dass Oscar entführt wurde, weil er sich über die Gräueltaten beschwerte, die er bei der Arbeit miterleben musste.

„Meine Pflicht als Mutter ist es, weiterzukämpfen, nicht nur für Oscar, sondern auch für die anderen 45.000 Vermissten. Das ist meine Pflicht als Bürgerin und als Frau. Wir sind ihre Stimme. Wenn wir schweigen, ist das so, als würden wir akzeptieren, dass unsere Kinder die Kriminellen sind, als die die Armee sie darstellt. Dann würde ich mich selbst wie eine Mörderin fühlen.“

In den ersten Monaten nach dem Verschwinden hörten die Familien in den Nachrichten, dass Leichen in städtische Gruben gekippt worden waren, und sie liefen hin, um sie zu suchen, immer mit der Hoffnung, ihre Angst könne bald ein Ende haben.



Mit Hilfe von FAMDEGUA und anderen Organisationen werden DNA-Proben von Familienmitgliedern genommen, um die auf dem Militärstützpunkt in Coban (Alta Verapaz/Guatemala) gefundenen menschlichen Überreste zu identifizieren. © Magnus Aronson



Hinzu kamen Besuche in Leichenhallen, der unerträgliche Anblick der entstellten Körper. „Ich erinnere mich daran, wie ich mit den anderen in die Leichenhalle ging. Anfangs hatte ich Angst, denn jeden Tag gingen wir, 15 oder 20 Familien, dort hin und sahen fünf oder acht Tote, die schlimm gefoltert worden waren“, erinnert sie sich. Manchmal war „Säure über sie gekippt worden, damit man ihr Gesicht nicht mehr erkennen konnte“, erzählt sie.

Der Bürgerkrieg in Guatemala von 1960 bis 1996 bestand aus einer Vielzahl von Konflikten zwischen dem Militär, der Regierung und der Zivilgesellschaft. Er kostete schätzungsweise 200.000 Menschen das Leben und hinterliess mehr als eine Million Vertriebene. Laut Menschenrechtsgruppen bewahrt das Gesetz zur nationalen Aussöhnung von 1996, das Straferlass für viele während des Bürgerkriegs begangene Verbrechen bietet, sowohl Soldaten als auch Guerillas vor einer Strafverfolgung für Taten wie Morde, Entführungen und Folter, die sie während des Konflikts begangen haben.



Kinder beim Unterricht am EPRODEP, einer Bildungseinrichtung in dem marginalisierten Stadtviertel Ciudad Quetzal von Guatemala-Stadt. Die Einrichtung wird von Caja Lúdica, einer lokalen Partnerorganisation des LWB-Programms in Mittelamerika, unterstützt. © Magnus Aronson

Tag der Menschenrechte der UNO

Der Tag der Menschenrechte der Vereinten Nationen (UN) wird weltweit am 10. Dezember gefeiert und FAMDEGUA kämpft weiterhin gegen die Straffreiheit derer, die sich während des Bürgerkriegs in Guatemala des Völkermords schuldig gemacht haben.

„Am 23. Februar 1984 hat sich mein Leben grundlegend verändert“, so Quiroa. „Wir mussten unser Zuhause verlassen, denn auch wir hätten entführt werden können. Wir mussten uns um Oscars Kind kümmern. Unsere Nachbarn mieden uns, denn sie hatten Angst, dass auch sie zu Opfern werden könnten.“

„Vertreibung ist das schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Soziale Strukturen werden zerbrochen, der Familienzusammenhalt wird zerschlagen, soziale Netzwerke mit Freunden, Arbeitskollegen oder Nachbarn zunichte gemacht“, betont Quiroa.

FAMDEGUA und der Lutherische Weltbund (LWB) haben am 22. Oktober im Vorfeld der allgemeinen regelmässigen Überprüfung (Universal Periodic Review, UPR) Guatemalas durch die Vereinten Nationen in Genf gemeinsam ein Side Event (Nebenveranstaltung) organisiert. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema „Übergangsjustiz in Guatemala“ plädierte Quiroa an der Seite internationaler MenschenrechtlerInnen dafür, dass denjenigen, die des Völkermords oder

ähnlicher Verbrechen schuldig sind, kein Straffreiheit gewährt werden solle.

„Quiroa ist gemeinsam mit anderen das Licht im Dunkeln“, sagte Eva Ekelund, Regionalvertreterin der Abteilung für Weltdienst (AWD) in Mittelamerika und Moderatorin der Podiumsdiskussion. „Wenn Gerechtigkeit herrschen soll, muss die Wahrheit ans Licht kommen

und für Völkermord darf es keine Straffreiheit geben“, fügte sie hinzu.

Trotz Drohungen für Gerechtigkeit kämpfen

Seit ihrer Gründung 1992 arbeitet FAMDEGUA mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammen und bietet den Familien, die auf der Suche nach dem Schicksal ihrer Angehörigen sind, rechtliche Unterstützung, führt Exhumierungen durch und hilft bei der Beerdigung von Opfern.

Menschenrechtsgruppen und verschiedene andere Menschen sorgen sich um die Sicherheit der Vereinigung FAMDEGUA und der Angehörigen der „verschwundenen“ Guatemalteken, die schikaniert werden und Morddrohungen erhalten haben.

„Die Regierung ist der Meinung, wir würden starrköpfig in der Vergangenheit herumwühlen. Doch diese Vergangenheit ist unsere Gegenwart“, erklärt Quiroa das Streben von FAMDEGUA nach Gerechtigkeit.

„Wir haben diese Vereinigung gegründet, weil Menschen auf Anweisung der Regierung verschwunden sind. Sie gibt uns die Kraft zu leben. Wir wollen jetzt Gerechtigkeit“, so Quiroa während der Podiumsdiskussion.

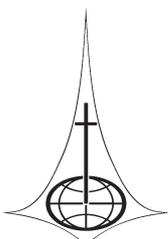
Unterstützung vom LWB

„Wir von der AWD unterstützen das, weil wir uns für Wahrheit und Gerechtigkeit einsetzen“, erklärte Ekelund.

Die Arbeit der AWD, das Nothilfe- und Entwicklungsorgan des LWB, in Mittelamerika unterstützt zahlreiche in der Gemeinschaft verankerte Initiativen in El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua.

In den 1980er und 1990er Jahren trug der LWB in erheblichem Umfang zu dem Friedensprozess bei, der zum Ende des Bürgerkriegs in Guatemala führte. Während seiner Tagung 2012 setzte der LWB-Rat seine Advocacyarbeit fort und verurteilte die zunehmende Gewalt in Honduras, Guatemala und El Salvador.

(Für LWI von Journalist Peter Kenny aus Genf.)



Eine auf Hoffnung und Solidarität gegründete Gemeinschaftskasse

Simbabwische Kirche unterstützt Bemühungen, AIDS-Stigma zu bekämpfen

(Anlässlich des Welt-AIDS-Tages, der am 1. Dezember begangen wird, berichtet die Evangelisch-Lutherische Kirche in Simbabwe über einige ihrer Bemühungen in der Bekämpfung der mit HIV verbundenen Stigmatisierung und Diskriminierung. Die LWB-Mitgliedskirche ermutigt die Initiativen von Gemeindegruppen, Menschen, die mit HIV leben, alternative Existenzgrundlagen zu bieten.)

Harare (Simbabwe)/Genf (LWI) – „Mawuya, Mawuya, Mawuya ku Tariro“ (Willkommen in Tariro) lautet der beliebte Gesang, mit dem BesucherInnen von der Tariro HIV- und AIDS-Selbsthilfegruppe der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Simbabwe (ELKS) begrüßt werden.

An diesem Donnerstagnachmittag sind acht Personen in der ELKS-Kirchengemeinde Mufakose zusammengekommen, um sich über die jüngsten Aktivitäten der Selbsthilfegruppe für Menschen, die mit HIV leben, zu informieren. Ein Blick auf die Konten der Selbsthilfegruppe zeigt, dass jedes Mitglied im laufenden Monat dank Investitionen auf dem lokalen Geldmarkt 500 US-Dollar erhalten wird.

Die Gemeinde Mufakose liegt in einem einkommensschwachen Vorort der simbabwischen Hauptstadt Harare und ist Teil der Östlichen Diözese der ELKS, die für ihre AIDS-Initiativen Unterstützung vom Lutherischen Weltbund (LWB) erhält.

Als die Selbsthilfegruppe 2009 gegründet wurde, war sie zunächst sehr populär, denn viele dachten, sie würden hier Almosen erhalten. Die meisten aber blieben wieder weg als sie verstanden, dass es der Zweck der Gruppe war, finanzielle Mittel zur Unterstützung von dem zu erwirtschaften, was die Mitglieder selbst geben konnten.

Dass der Selbsthilfegruppe derzeit nur zehn Mitglieder angehören beunruhigt hier keinen. „Die geringe Mitgliederzahl finden wir überhaupt nicht beunruhigend, denn wir wachsen als



Ein Mitglied der Selbsthilfegruppe der ELKS-Gemeinde in Mufakose zeigt ihre Fortbildungsbescheinigung.
© LWB/Staley Kwenda

Gruppe im Geist und haben immer mehr Ideen“, sagt Fananai Mtengwa, die Koordinatorin der Gruppe, die hauptsächlich aus verwitweten oder alleinstehenden Müttern besteht.

Kleine Summen investieren

Tariros langfristige Nachhaltigkeit ist derzeit von den Investitionen abhängig, die mit den monatlichen Beiträgen aller Mitglieder aus dem gemeinsamen Topf getätigt werden. Je nach Bedürftigkeit werden dann unterschiedliche Beträge an Einzelpersonen verliehen.

„Einen Teil des Geldes bringen wir auf den Geldmarkt und erzielen einen Gewinn, den wir dann an die Mitglieder verteilen“, sagt Mtengwa.

„Im Oktober bekam jedes Mitglied rund 1.000 USD und es blieb zusätzlich eine Summe von 6.855 USD in der Gemeinschaftskasse“, ergänzt Future Mandondo, die Vorsitzende der Gruppe. Das Ziel ist, ein Einkommen schaffendes Projekt einzurichten, das „uns hilft, uns selbst zu versorgen und für unserer Familien Essen kaufen zu können, denn viele von uns sind nicht erwerbstätig“, fügt sie hinzu.

„Wir alle wohnen zur Miete. Manchmal werden wir aus unseren gemieteten Unterkünften hinausge-

worfen und die Kinder werden von der Schule gejagt, weil sie nicht imstande sind, die Schulgebühren zu bezahlen, aber wir alle bekommen Unterstützung von der Gruppe“, sagt Kossam Mathe, der Vizevorsitzende von Tariro.

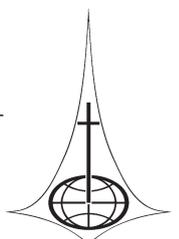
Er hofft, dass die Gruppe als neue Einkommensquelle ein Hühnerzuchtprojekt beginnen könne. „Wir brauchen Hilfe, aber wir wollen keine Almosen“, fügt Mathe hinzu.

Das Stigma bekämpfen

Obwohl das Bewusstsein für HIV und AIDS in der simbabwischen Gesellschaft gestärkt wurde und wird, ist die Stigmatisierung von Menschen, die mit HIV leben, weiterhin ein Problem. „Wir haben kein AIDS, wir haben nur HIV. Aber leider gibt es immer noch Menschen, die nicht getestet sind und die uns weiterhin stigmatisieren“, sagt Mathe.

Celine Mangena erklärt, die Gruppe habe im Kampf gegen das Stigma viel gute Arbeit geleistet. „Früher war es für viele sehr schwierig, neben einer HIV-positiven Person eine Cola zu trinken, aber jetzt ist das Dank der umfassenden Aufklärung möglich“, sagt sie.

Die Mitglieder der Gruppe sind sich einig, dass die Kirche eine wichtige Rol-



le dabei spielen muss, das mit HIV und AIDS assoziierte Stigma zu bekämpfen.

Mergie Nyoni erinnert sich an die Unterstützung, die sie von der Kirche erhalten hat, als sie von ihrer HIV-Infektion erfuhr. „Als ich herausfand, dass ich HIV-positiv bin, sagten viele Leute in meiner Nachbarschaft, man solle mich nach Mberengwa bringen, eine trockene und arme ländliche Gegend rund 500 km südlich von Harare, damit ich dort auf meinen Tod warte. Aber die Menschen in der Kirche halfen mir so lange, bis ich mich selbst versorgen konnte. Heute habe ich ein Unternehmen, das monatlich rund 10.000 Ziegel herstellt. Ich kann mich selbst um mich kümmern“, sagt sie.

Die Rolle der Kirche in Sensibilisierungsmaßnahmen

Mit Blick auf die Selbsthilfegruppen in der ELKS wie die Tariro-Gruppe sagt der Gemeindepastor Pfr. Lazarus Maposa, dass die biblische Lehre

genutzt werden müsse, die Rolle der Kirche bei der Unterstützung der Menschen, die mit HIV leben, zu stärken. Das schliesse Seminare für Pfarrerinnen und Pfarrer mit ein, die dann das Bewusstsein der Menschen in ihren jeweiligen Gemeinden stärken.

„Das Konzept ist, das Wort Gottes passend anzuwenden. Wir dürfen das Stigma keinesfalls aufrechterhalten. Wenn wir auf der Kanzel stehen, müssen wir uns bemühen, alle einzubeziehen. Wir müssen das Stereotypisieren innerhalb der Kirche stoppen und ein Bewusstsein aufbauen, das die Menschen lehrt, alle Menschen so anzunehmen, wie sie sind“, fügt er hinzu.

Trotz der guten Arbeit hat Tariro finanzielle und personelle Probleme. Mtengwa hofft, dass ein Fonds geschaffen werden kann, mit dem stigmatisierten Kindern durch Erholungsangebote geholfen werden könne. Die ELKS unterhält in einigen Landesteilen bereits erfolgreiche HIV- und AIDS-Programme, aber

in anderen Regionen ist die Finanzierung problematisch. Im Dezember wird eine landesweite Versammlung nach Möglichkeiten suchen, wie Programme für Menschen, die mit HIV leben, unterstützt werden können.

Weniger Menschen betroffen

In den letzten zehn Jahren haben in Simbabwe intensive Aufklärungskampagnen, bei denen der Schwerpunkt auf den Schutz vor der Übertragung von HIV gelegt wurde, sowie ein verbesserter Zugang zu antiretroviralen Medikamenten zu einem Rückgang der Prävalenzrate von 26 Prozent im Jahr 1997 auf 14 Prozent im Jahr 2010 geführt. Von den insgesamt 12,6 Millionen EinwohnerInnen des Landes leben schätzungsweise 1,4 Millionen Menschen mit HIV.

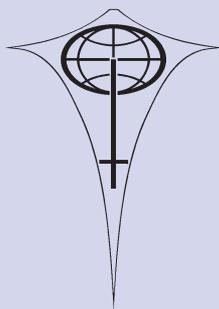
Ein auf fünf Jahre angelegter nationaler Strategieplan zu AIDS, der im vergangenen Jahr von der Regierung erlassen wurde, legt den Schwerpunkt auf die Prävention der Übertragung von der Mutter aufs Kind und hat zum Ziel, die Prävalenzrate von 14 Prozent auf sieben Prozent im Jahr 2013 und auf unter fünf Prozent im Jahr 2015 zu senken.

Nach Angaben von UNAIDS, dem Gemeinsamen Programm der Vereinten Nationen zu HIV/AIDS, führte die Verbreitung der HIV-Behandlung weltweit zu einem Rückgang der mit AIDS zusammenhängenden Todesfälle. Dieser Rückgang der Sterberate bedeutete jedoch auch, dass 2011 mehr Menschen mit HIV lebten als jemals zuvor: 34,2 Millionen.

(Für LWI von Stanley Kwenda.)



Mergie Nyoni zeigt ein Foto ihres Projektes, das Ziegel herstellt.
© LWB/Stanley Kwenda



Herausgegeben von:
Deutsches Nationalkomitee
des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB)
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover, Deutschland
Tel. 0511/2796-437
Fax 0511/2796-182
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org